Nr. 31.

Die Presse.

36. Jahrg.

Ostmärkische Tageszeitung — Anzeiger für Stadt und Land.

(Thorner Presse)

Ausgabe täglich abends, ausschließlich der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis bei den kaiserl. Reichs-Postämtern vierteljährlich 3,25 Mk., monatlich 1,09 Mk ohne Zustellungsgebühr; für Thorn Stadt und Vorstädte, von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen abgeholt, vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,00 Mk., ins Haus gebracht vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,20 Mk. Einzelexemplar (Belagblatt) 10 Pfg.

Anzeigenpreis die 6 gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., für Stellenangebote und -Gesuche, Wohnungsanzeigen, An- und Verkäufe 15 Pf., (für amtliche Anzeigen, alle Anzeigen außerhalb Westpreußens und Posens und durch Vermittlung 20 Pf.,) für Anzeigen mit Platzvorschrift 25 Pf. Im Reklameteil kostet die Zeile 50 Pf. — Anzeigenaufträge nehmen an alle soliden Anzeigenvermittlungsstellen des In- und Auslandes. — Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle bis 10 Uhr vormittags, größere Anzeigen sind tags vorher aufzugeben

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Katharinenstraße Nr. 4.
Fernsprecher 57.
Brief- und Telegramm-Adresse: „Presse, Thorn."

Thorn, Mittwoch den 6. Februar 1918.

Druck und Verlag der C. Dombrowski'schen Buchdruckerei in Thorn.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Heinr. Wartmann in Thorn.

Zusendungen sind nicht an eine Person, sondern an die Schriftleitung oder Geschäftsstelle zu richten. — Bei Einsendung redaktioneller Beiträge wird gleichzeitig Angabe des Honorars erbeten; nachträgliche Forderungen können nicht berücksichtigt werden. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt, unverlangte Manuskripte nur zurückgeschickt, wenn das Postgeld für die Rücksendung beigefügt ist.

Der Weltkrieg.

Amtlicher deutscher Heeresbericht.

Berlin, 5. Februar. (W.-T.-B.).

Großes Hauptquartier, 5. Februar.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

Von der Küste bis zur Lys Artilleriekampf, der sich am Abend an der Bahn Boesinghe—Staden bei Abwehr eines englischen Vorstoßes, sowie zwischen Passchendaele und Becelaere beträchtlich steigerte. Auch südlich von der Lys, am La Bassée-Kanal und an der Scarpe lebte die Feuertätigkeit zeitweilig auf. Bei erfolgreichen Erkundungen südlich von Armentières und bei Grandcourt wurden einige Engländer gefangen.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz:

Badische Stoßtrupps drangen südlich von Beaumont tief in die französischen Stellungen, fügten dem Gegner schwere Verluste zu und kehrten mit 33 Gefangenen und mehreren Maschinengewehren in ihre Linien zurück.

Heeresgruppe Herzog Albrecht:

Auf den Maashöhen nördlich von St. Mihiel lebte die Gefechtstätigkeit am Nachmittag auf.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts neues.

Der Erste General-Quartiermeister: Ludendorff.

Brest-Litowsk.

Am Ende der Geduld?

In einem längeren Artikel führt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" aus, daß man sich angesichts der Taktik der Bolschewiki in Brest-Litowsk zu fragen haben werde, ob und welchen Wert Deutschland überhaupt auf den Friedensschluß mit „Nordrußland" legen müsse. Dort herrsche Aufruhr, Auflösung alles Bestehenden, Hunger, unerschwingliche Preise, Terror, sodaß Deutschland von Nordrußland bei dem Friedensschluß „weder etwas zu erwarten noch etwas zu fürchten" habe. Dagegen ist ein Frieden mit der Ukraine viel wertvoller. Das sei ein Land mit natürlichen Bodenschätzen und einer verhältnismäßig hoch entwickelten Industrie. Weiter heißt es in dem Artikel: Eine vorübergehende Schwächung an ihrer Ostgrenze hat verhältnismäßig untergeordnete Bedeutung. Die Zentralmächte haben es in der Hand, die territorialen Aspirationen der Ukraine, denen sie bereits jetzt Wohlwollen entgegengebracht haben, bis zum gewissen Grade zu befriedigen oder ihnen Hindernisse entgegenzusetzen. England und Frankreich wollen die Ukrainer als Kanonenfutter gegen die Mittelmächte brauchen. Eine richtige Erkenntnis dieser Sachlage werde dazu führen, daß die Ukraine, auch schon, um aus ihrer gegenwärtigen ungewissen Lage im Innern herauszukommen, auf baldigen Abschluß mit den Mittelmächten drängen werde. Die Mittelmächte ihrerseits werden gewiß alles tun, um derartigen Wünschen entgegenzukommen, umsomehr, als die ganze gegenwärtig ungeklärte Lage im südwestlichen Rußland und in Rumänien nach der einen oder der anderen Richtung hin in kurzer Zeit zu einer Klärung kommen muß, denn die gegenwärtigen Truppenverschiebungen in Südwestrußland, in Rumänien und Beßarabien entsprechen nicht dem Geiste der Waffenstillstandsverträge. Der Artikel schließt mit folgenden Worten: Die Zeit zum Handeln und zum Beraten ist nicht mehr allzu lang. Die Mittelmächte müssen Wert darauf legen, daß die Fragen in kurzer Zeit geklärt werden. Wenn man auf der Gegenseite geglaubt hat, bei den Mittelmächten würden sich so starke innere Hemmungen entwickeln, daß man ungestört an der Verschleppungstaktik festhalten könnte, so wird die Fehlerhaftigkeit dieser Rechnung unterdessen klar geworden sein. Unsere Unterhändler haben die Hände frei. Sie werden von dieser Freiheit keinen Gebrauch machen, der den Wünschen unseres Volkes auf Abschluß eines Friedens der Versöhnung und des gegenseitigen Ausgleiches mit den Staaten des früheren russischen Reiches widerspricht.

Jetzt sieht man, heißt es in der „Münch. Allg. Zeitung", warum Rußland die Entscheidung, die auf den Inseln des Rigaischen Meerbusens, in Riga selbst, in Kurland, Litauen und Polen über die künftige staatliche Existenz bereits gefallen ist, nicht anerkennen will; jetzt sieht man, warum die Regierungstruppen unbedingt zurückgezogen sein müssen, ehe das „Selbstbestimmungsrecht" platzgreifen kann. Jetzt versteht man auch, warum Trotzki sich nicht scheut, seinen eigenen Grundsätzen Tag für Tag mit geballter Faust ins Gesicht zu schlagen und eine Gewaltherrschaft aufzurichten, gegen deren Unduldsamkeit die strenge Ordnung unseres Besetzungs- und Etappengebiets noch als Inbegriff von Freiheit erscheint. Er will eben in Wahrheit nur revolutionieren, alles andere ist Vorwand. Jetzt sind es die Ukraine und Finnland, dann kommen Kurland, Litauen und Polen an die Reihe, dann aber, und erst recht, die Mittelmächte. Auch dieser Gedanke entbehrt einer gewissen Großzügigkeit nicht, aber ist zugleich so abschreckend, daß man glücklicherweise mit einer seelischen und geistigen Ansteckungsgefahr nicht zu rechnen braucht. Die paar Bolschewiki, die wir in Deutschland haben mögen, werden nie eine ernste Rolle spielen. Es ist nur traurig, daß sich ernsthafte Leute zu Handlangerdiensten für sie hergeben.

In der „Berl. Volksztg." liest man: Alle Voraussetzungen sind gegeben, um mit der Ukraine, wenn nicht Unvorhergesehenes dazwischen kommt, binnen kürzester Zeit Frieden zu schließen.

Trotzki und Finnland.

Die Berliner Bevollmächtigten der finnischen Regierung haben dem W. T.-B. eine Erklärung zukommen lassen, nach der die in Brest-Litowsk gefallene Äußerung Trotzkis, die gegenwärtige finnische Regierung sei gestürzt und durch eine Arbeiter-Regierung ersetzt, auf Erfindung beruhe. Zwar sei die rechtmäßige Regierung durch bolschewistische Umtriebe vorübergehend in Schwierigkeiten geraten, doch seien sie von der finnischen Regierung bevollmächtigt, an den Verhandlungen in Brest-Litowsk teilzunehmen.

Protest der finnischen Regierung.

Der finnische Geschäftsträger in Stockholm, Staatsrat von Gripenberg, hat an den dortigen deutschen Gesandten einen Protest der finnischen Regierung gegen das Bolschewiki-Regiment in Finnland eingereicht und diesen damit gleichzeitig zur Kenntnis aller derjenigen Mächte gebracht, welche die Selbständigkeit Finnlands anerkannt haben.

Depeschen-Fälschungen.

W. T.-B. veröffentlicht folgende Erklärung: Wegen des von Herrn Trotzki in Brest-Litowsk dementierten Satzes seiner Erklärung, die russische Delegation werde keinen Sonderfrieden schließen, haben wir in Stockholm Nachfrage gehalten und festgestellt, daß dieser Satz genau in demselben Wortlaut, wie er von uns veröffentlicht ist, auch dem Svenska Telegrammbyran in Stockholm aus Petersburg zugegangen und von ihm gleichlautend veröffentlicht worden ist. Wenn also eine Fälschung vorliegt, kann es nicht zweifelhaft sein, wo die Fälschung begangen worden ist.

In einem Telegramm der Petersburger Telegraphen-Agentur wird über die Verhandlungen in Brest-Litowsk vom 30. Januar als Begründung für die Teilnahme des bayrischen Ministers Grafen Podewils an den Verhandlungen angegeben: Seine Anwesenheit ist eine Folge der gegensätzlichen Haltung die von der bayerischen Presse gegenüber der Berliner Politik eingenommen worden ist.

Janus Trotzki.

„Nieuwe Rotterdamsche Courant" schreibt in einem Leitartikel über die Lage: Trotzki scheint eine Janus zu sein. Der Mund, mit dem er nach Westen spricht, sagt das Umgekehrte von dem, der nach Osten gerichtet ist, und beide versichern, daß der andere nicht existiert. In Brest-Litowsk erklärte Trotzki, daß die Petersburger Telegraphen-Agentur lügt, und was Trotzki in Petersburg sagte, ist wiederum das genaue Gegenteil von dem, was er in Brest behauptete. Es gibt also drei Möglichkeiten: entweder die Brester Sitzungsberichte werden gefälscht — das hat aber bisher noch niemand behauptet —, oder die Berichte aus Rußland, auch die der englischen Korrespondenten, sind falsch, oder Trotzki betrügt.

von Kühlmann in Berlin.

Staatssekretär von Kühlmann und Minister des Äußern Graf Czernin haben sich am Sonntag Nachmittag mit Begleitung zu kurzem Aufenthalt nach Berlin begeben.

Der Umschwung in Rumänien.

Wie die „Voss. Ztg." hört, beginnen heute in Sinaja Verhandlungen zwischen dem Vierbund und Rumänien über den Abschluß eines Waffenstillstandes.

Die „Kreuzztg." hat Anlaß, eine Darstellung des „Tag" für zutreffend zu halten, nach der auch die rumänische Frage seit einigen Tagen in ein neues Stadium eingetreten sei. Man glaubt, daß die rumänische Regierung, durch die Ereignisse der letzten Zeit eines besseren belehrt, nunmehr entschlossen sei, aus ihrer haltlos gewordenen Lage die Konsequenzen zu ziehen und, dem Beispiel der Kiewer Rada folgend, sich von Rußland und seinen Bundesgenossen loszulösen.

Wie über Stockholm gemeldet wird, bestätigen alle aus Jassy in Petersburg vorliegenden Meldungen, daß innerhalb der rumänischen Armee ein völliger Stimmungsumschwung eingesetzt hat. Die neugegründete rumänische Offiziersliga richtete an den König und an Averescu eine Adresse, in der die Aussöhnung mit den Mittelmächten vorgeschlagen wird. Die Maximalisten würden die Feinde Rumäniens auch in der Zukunft bleiben. Nach den letzten inneren Umwälzungen in Rußland sei eine Anlehnung Rumäniens an Rußland für absehbare Zeit völlig ausgeschlossen. Nur eine Annäherung an die Mittelmächte könne Rumänien vor der völligen politischen und wirtschaftlichen Absonderung retten. Rumänien könne auf sein Verlangen nach Siebenbürgen verzichten und sich in Beßarabien schadlos halten. Nach einer Meldung des Odessaer „Rabotschij Listok" hat der König nach den letzten Ereignissen in der Moldau eine vollständige Wandlung durchgemacht. In Petersburg rechnet man ernstlich mit der Möglichkeit, daß es zu Verhandlungen zwischen Rumänien und den Mittelmächten kommen wird.

Kurlands Anschluß an Deutschland.

In der „Nordd. Allg. Ztg." wird über die kurländische Landesversammlung und ihre Entschließung eine Mitteilung von gut unterrichteter Seite veröffentlicht. Diese Landesversammlung faßte eine Entschließung, die bestätigt, daß sie den Schutz und Schirm des deutschen Kaisers und des deutschen Reiches erbitte und vertrauensvoll als die von der Bevölkerung Kurlands entsandten Vertreter ihr Geschick in die Hand des deutschen Kaisers und der von ihm eingesetzten Verwaltung lege. Außerdem bittet sie darum, einen aus ihrer Mitte gewählten Landesrat zum Ausbau ihrer geschichtlichen Verfassung und Verwaltung wählen zu dürfen, um gemeinsam mit der deutschen Verwaltung an diese Aufgaben heranzutreten. Es ist unverständlich, heißt es in der „Nordd. Allg. Ztg.", wie behauptet werden darf, daß dieser Landesrat nicht den Willen der Gesamtbevölkerung zum Ausdruck bringt, da er auf vollkommen verfassungsmäßigem Wege zustande gekommen ist. Alle Schichten der Bevölkerung sind herangezogen. Die Gesetzlichkeit der zustande gekommenen Beschlüsse ist nicht zu bezweifeln.

Die Kämpfe im Westen.

Deutscher Abend-Bericht.

W. T.-B. meldet amtlich:

Berlin, 4. Februar, abends.

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Französischer Heeresbericht.

Der amtliche französische Heeresbericht vom 3. Februar nachmittags lautet: Starke Tätigkeit der beiden Artillerien an der Front nördlich der Aisne und in der Gegend des Four de Paris. Deutsche Handstreiche gegen kleinere französische Posten scheiterten.

Französischer Bericht vom 3. Februar abends: Am Morgen führte eine unserer Abteilungen im Abschnitt nordwestlich von Courtecon an der Ailette einen Handstreich auf einen kleinen deutschen Posten aus, den sie vollständig in unsere Linie zurückbrachte, wobei sie 13 Gefangene machte und Kriegsgerät erbeutete.

Englischer Bericht.

Der englische Heeresbericht vom 3. Februar nachmittags lautet: Während der Nacht Patrouillenzusammenstöße bei Fricourt südlich Lens, die zu unseren Gunsten verliefen. Die feindliche Artillerie zeigte einige Tätigkeit in der Nachbarschaft von La Bacquerie und südlich Lens.

Englischer Bericht vom 3. Februar abends: Ein feindlicher Stoßtrupp wurde zu Beginn der vergangenen Nacht mit Verlusten von einem unserer Posten östlich vom Polygonwald zurückgeschlagen. Wir hatten keine Verluste. Die feindliche Artillerie war heute südöstlich Epehy, in der Umgebung der Straße Arras—Cambrai, südlich Armentières und im Ypern-Abschnitt tätig.

Eine französische Schwindelnachricht.

Der Funkspruch Paris vom 2. Februar, 12.30 Uhr vormittags, meldet:

In der vorletzten Nacht bewarfen französische Flieger die Standplätze der beim Angriff auf Paris beteiligten Flieger mit Bomben großen Kalibers. Es waren gute Resultate zu verzeichnen. Alle französischen Apparate sind zurückgekehrt.

Diese Meldung ist glatt erlogen. Der Bombenabwurf hat **nicht stattgefunden**. Die Nachricht ist nur eine Maßnahme zur **Beruhigung der aufgeregten Pariser Bevölkerung** über den deutschen Flugangriff und kennzeichnet aufs neue die willkürliche Berichterstattung des französischen Funkdienstes.

Zutreffender Vergleich.

„Journal du Peuple" erinnert daran, daß man die französischen und britischen Flieger, die deutsche offene Städte überflogen, glänzend belohnte und als Helden pries, während für die deutschen Flieger kein Schmähwort als kräftig genug gilt. Die „Humanité" beklagt, daß die Fahrlässigkeit der französischen Flugzeugleitung die Überlegenheit der deutschen Waffe begünstigte.

Der italienische Krieg.

Der österreichische Tagesbericht

vom 4. Februar meldet vom

italienischen Kriegsschauplatze:

Zwischen Etsch und Piave lebhafte Artilleriekämpfe. Östlich der Brenta wurden zwei feindliche Erkundungsvorstöße abgewiesen.

Der Chef des Generalstabes.

Italienischer Heeresbericht.

Der amtliche italienische Heeresbericht vom 3. Feburar lautet: Mäßige Artillerietätigkeit vom Stilfser Joch bis zur Piave, lebhafter am Unterlauf dieses Flusses. Der Feind ließ in der Gegend des Monte Pasubio Minen springen, aber ohne Erfolg zu erzielen. Patrouillengefechte auf den Höhen nordöstlich des Monte Grappa. Tagsüber schossen wir acht feindliche Flugzeuge ab, eines wurde von unserer Luftabwehr bei Marano (Lagarinatal) angegriffen, ein anderes bei Primolano, sechs andere von den englischen Fliegern heruntergeholt, die außerdem einen feindlichen Fesselballon nahe der Piave zerstörten.

Lebhafte Fliegertätigkeit.

Aus dem österreichischen Kriegspressequartier wird gemeldet: Das schöne, wenn auch kalte, Wetter — bis 15 Grad Kälte — zeitigt lebhafte Fliegertätigkeit und Luftkämpfe. In den letzten Tagen wurden zwei Flugzeuge und ein feindlicher Ballon abgeschossen, ein feindlicher Flieger zur Notlandung gezwungen.

Neue österreichische Feldmarschälle.

Kaiser Karl ernannte die Generaloberstén von Böhm-Ermolli und von Boroevic zu Feldmarschällen.

Ein verhafteter Irredentist.

Der Wiener „Zeit" wird aus Trient gemeldet, daß der welsch-tirolische Reichstagsabgeordnete Advokat Dr. Bertolini, der seit Kriegsbeginn als Vertrauensperson der Militärbehörde und als Hauptmann der Reserve als militärischer Leiter der Stadt Trient fungierte, verhaftet wurde. Bertolini war als Irredentist bekannt.

* * *

Die Kämpfe im Osten.

Übertritt russischer Truppen.

Aus dem österreichischen Kriegspressequartier wird gemeldet: Auf dem östlichen Kriegsschauplatz überschritten am 31. Januar über 1700 Russen mit Pferden und Fuhrwerken unsere Linien. Es sind dies Teile russischer Truppen, welche im Kampfe mit Rumänen gestanden waren und sich vor diesen auf unser Gebiet zurückzogen.

Der Diktator von Kronstadt gefallen.

Der „Zürcher Tagesanzeiger" meldet aus Paris: Der Student Rochal, der frühere Diktator von Kronstadt, ist bei einem Zusammenstoß zwischen russischen und rumänischen Truppen gefallen.

* * *

Vom Balkan-Kriegsschauplatz.

Einberufung griechischer Reservisten.

„Agence Hellenique" meldet: Ein königliches Dekret beruft zehn Reservistenklassen der militärischen Bezirke Altgriechenlands, außer denjenigen Athens und des Peloponeses, ein. Die Stellungstermine für die Einberufenen sind auf 18 Tage verteilt.

* * *

Der türkische Krieg.

Englischer Bericht

Der englische Bericht aus Palästina lautet: In der Nacht vom 30. Januar wurde unsere Linie in der Nachbarschaft von Armutieh (12 Meilen nördlich Jerusalem) leicht vorgeschoben. Am Morgen des 31. Januar drang eine unserer Erkundungsabteilungen zu dem Dorfe Mukhmas (8 Meilen nordnordöstlich Jerusalem) vor, schlug feindliche Gegenangriffe zurück und kehrte in der folgenden Nacht nach Durchführung ihrer Aufgabe zurück. Während der Nacht zum 2. Februar waren feindliche Patrouillen tätig zwischen Armutieh und Scheich-Abdullah, eine Meile östlich Armutieh. Ein Angriffsversuch auf unsere Linien an diesen Punkten wurde abgewiesen. Im Laufe des Monats Januar wurden 12 feindliche Flugzeuge im Luftkampf vernichtet.

* * *

Die Kämpfe in den Kolonien.

Englischer Bericht aus Ostafrika.

Der englische Bericht aus Ostafrika lautet: Am 2. Februar besetzten farbige Kapkorps Mweni ohne Widerstand und verfolgten mit portugiesischen Streitkräften eine feindliche Abteilung in diesem Gebiet gegen Mtarika zu. Am 24. Januar besetzte unsere Abteilung von Port Amelia den feindlichen Posten auf dem Pamunihügel, 45 Meilen gegen das Inland zu, wobei sie dreißig Tonnen Lebensmittel erbeutete. Am 28. Januar besetzte ein Teil dieser Abteilung Ankwabe, eine bedeutende Ortschaft nördlich des Mwagidiflusses und 38 Meilen im Inland. Am 26. Januar stieß unsere Abteilung von Süd-Nyassaland auf eine starke feindliche Abteilung in einer Stellung am Lukuleziflüß, einen rechtsseitigen Nebenfluß des Lujenda, der sich später 15 Meilen weiter mit dem Lukambala vereinigt. Unsere Truppen überschritten den Lukulezi in der Nacht vom 27. Januar und warfen den Feind nach einem Gefecht, das den 28. Januar über andauerte, am 29. Januar das Lujendatal abwärts gegen Mtarika zu.

* * *

Die Kämpfe zur See.

Neue U-Boot-Beute.

W. T.-B. meldet amtlich:

Der feindliche Transportverkehr nach dem Orient und Italien wurde durch unsere U-Boote im Mittelmeer und besonders im östlichen Teile des Mittelmeers durch Vernichtung von vier Dampfern und vier Seglern wieder erheblich geschädigt. Einer der versenkten Dampfer scheint der bewaffnete englische Dampfer „Hampstad" (3447 Brutto-Registertonnen) gewesen zu sein. Der vernichtete italienische Segler „Guiseppe" hatte Phosphat geladen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Über die Versenkung von Phosphat

wurde schon öfter berichtet. Es zählt zu den Düngemitteln, die über See in die feindlichen Mittelmeerländer geführt werden müssen, um dort die sinkenden Erträgnisse der Landwirtschaft zu steigern. U-Bootkrieg und Schiffsraummangel verursachten im vergangenen Jahre einen gewaltigen Rückgang der Einfuhr phosphorhaltiger Düngmittel nach Italien. Diese fiel, der „Seenomiste d'Italia" vom 5. Januar zufolge, in Genua, dem Haupteinfuhrhafen Italiens, von 98 638 To. im Jahre 1915 auf 38 578 To. im Jahre 1917. Daraus folgt klar der Schaden, den die Ernährung unserer Feinde auf diesem mittelbaren Wege erleidet.

Ein dänischer Dampfer versenkt.

Wie aus Kopenhagen gemeldet wird, ist der dänische Dampfer „Lindeskow" auf der Reise von einem englischen nach einem französischen Hafen versenkt worden.

Die Bombenopfer in London.

Die amtlichen Polizeiberichte geben die Gesamtverluste durch den Luftangriff in der Nacht vom 28. zum 29. Januar in allen von den feindlichen Flugzeugen berührten Bezirken, soweit sie bekannt ist, folgendermaßen an: Tote 58, Verwundete 173. Von obigen Verlusten wurden 30 Personen getötet und 91 verwundet in einem einzigen als Schutzaufenthalt für Luftangriffe benutzten Gebäude. Die Beseitigung der Trümmer dieses Gebäudes wird bedeutend erschwert durch den gefährlichen Zustand des Bauwerkes. Es ist möglich, daß noch mehr Leichen gefunden werden. Die Polizei ist benachrichtigt, daß noch vier Personen in dem betreffenden Bezirk vermißt werden seit dem Luftangriff, deren Leichen noch nicht gefunden sind.

Zur Neuordnung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland.

Unter Beteiligung der Reichsämter und leitender Kriegsämter sowie zahlreicher Handelskammern und Verbände und mehr als 450 Firmen tagte am Freitag in Berlin die zweite Allgemeine Mitgliederversammlung des Deutsch-Russischen Wirtschafts-Ausschusses (Deutsch-Russischer Verein, E. V., Berlin, und Verein deutscher Fabrikanten und Exporteure für Rußland, E. H., Remscheid). Nach dem Vortrag des Professors Dr. Otto Hoetzsch, Berlin, über die Neuordnung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland wurde folgende Resolution angenommen:

1. Die Neuordnung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Rußland ist für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens von größter Bedeutung, besonders, da mit Abschließungsbestrebungen unserer anderen Gegner auch nach dem Kriege gerechnet werden muß und die Wiederanknüpfung unserer überseeischen Beziehungen durch den Mangel an Schiffsraum und durch die systematische Raubpolitik Englands erschweet ist.

2. Die Neuordnung muß unter Wahrung der Eigeninteressen Deutschlands so angestrebt werden, daß sie die Gewähr eines dauernden ersprießlichen Wirtschaftsfriedens in sich trägt. Das gleiche gilt für die etwa vom Rußland sich ablösenden Teile. Insbesondere darf eine solche Loslösung nicht zu einer Erschwerung des deutsch-russischen Handels führen.

3. Der Rahmen ist durch die Verbindung der unbedingten Meistbegünstigung mit einem Handels- und Tarifvertrage gegeben.

4. Die fortlaufende Heranziehung von Sachverständigen des deutschen Wirtschaftslebens durch die deutsche Regierung ist unbedingt geboten. Diese Sachverständigen sind zweckmäßig von den zentralen Wirtschaftsverbänden und Fachvereinen zu bezeichnen.

5. Zur Herbeiführung eines befriedigenden Abschlusses ist auch auf der russischen Seite die Entsendung wirklich sachkundiger Vertreter und Kenner des russischen Wirtschaftslebens erforderlich. Ihre Heranziehung sollte seitens unserer und unserer Verbündeten Vertretungen in Brest-Litowsk erstrebt werden.

Über den Stand der Entschädigungsfragen berichtete auf das eingehendste der Präsident der Reichsentschädigungskommission Geheimer Justizrat Dr. Hiekmann und Assessor von Friedberg als Vertreter des Reichskommissariats zur Erörterung von Gewalttätigkeiten in Feindesland. Wünsche der aus Rußland ausgewiesenen Reichsdeutschen brachte als Mitglied des Reichstages Kommerzienrat J. H. Zimmermann zum Ausdruck.

Über die Regelung des deutsch-russischen Handels in der Übergangszeit sprachen Syndikus M. Busemann, Berlin, und Oskar Pfau, Thorn, Moskau; insbesondere zum Ausdruck bringend, daß diejenigen Kreise, welche vor dem Kriege den Handel mit Rußland gepflegt und zur Blüte gebracht haben, in erster Linie berufen seien, nach Friedensschluß die Beziehungen wieder aufzunehmen. Es wurde beschlossen, eine deutsch-russische Ausfuhrzentrale, die im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsamte zu arbeiten habe, zu bilden.

Syndikus Dr. Paul Meyer, Remscheid, teilte in seinem Vortrage über den Gläubigerschutz in Rußland mit, daß der mit Unterstützung der Reichsbehörde ins Leben gerufene Gläubigerschutzverein für das feindliche Ausland dem Deutsch-Russischen Wirtschaftsausschuß die Bearbeitung des Gläubigerschutzes für ganz Rußland übertragen hat.

Die Streikbewegung.

Der Ausstand vor dem Ende.

Nachdem am Sonnabend schon die kleineren Fabriken in Berlin wieder in Tätigkeit getreten waren, sind gestern die größeren gefolgt. Auch in den jetzt unter militärischer Aufsicht stehenden Betrieben ist die Arbeit teilweise wieder aufgenommen worden, insbesondere von Frauen und Mädchen. Streikende, die sich gestern nicht zur Arbeit stellten, wurden eingezogen. Der gestrige Montag ist ruhig verlaufen; Ausschreitungen kamen nirgends vor. Das Charlottenburger Volkshaus ist, wie das Berliner Gewerkschaftshaus, geschlossen worden. Auch Versammlungen dürfen bis auf weiteres dort nicht stattfinden. Die Bewohner des Volkshauses haben Legitimationen erhalten, aufgrund deren sie im Hause verkehren dürfen.

Aus München wird gemeldet, daß die Streikbewegung dort am gestrigen Montag ihren Abschluß gefunden hat. Störungen der öffentlichen Ordnung sind im Laufe der Bewegung nicht zu verzeichnen gewesen.

Der Abg. Dittmann vor dem Kriegsgericht.

In der gestrigen Sitzung des außerordentlichen Kriegsgerichts vor dem Berliner Landgericht II stand die Hauptverhandlung gegen den Reichstagsabgeordneten Dittmann von der Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten an. Vorsitzer war Landgerichtsdirektor Leue, Berichterstatter Kriegsgerichtsrat Dr. Köhler, Verteidiger die Rechtsanwälte Haase und Dr. Herzfeld. Der Berichterstatter beantragte wegen versuchten Landesverrats in Tateinheit mit Vergehen gegen § 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand und wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt 6 Jahre Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren. Das Gericht erkannte auf fünf Jahre Festungshaft wegen versuchten Landesverrats im Tateinheit mit Vergehen gegen das Gesetz über den Belagerungszustand und auf zwei Monate Gefängnis wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Das Gericht nahm das Vorhandensein mildernder Umstände an und erkannte auf Festungshaft, weil es nicht feststellen zu können glaubte, daß die Straftat aus einer ehrlosen Gesinnung entsprungen wäre.

Der Verurteilte, der den Reichstagswahlkreis Lennep-Mettmann-Remscheid vertritt, gehört zu den radiatesten Mitgliedern der Haase- und Ledebour-Gruppe. Seine in voriger Woche gemeldete Verhaftung erregte in parlamentarischen und politischen Kreisen um deswillen großes Aufsehen, weil er bereits zweimal in anderen Hochverratsusw. Affären während des Krieges von sich reden machte. Das eine Mal handelte es sich um den Fall Liebknecht, der mit der Verurteilung Liebknechts zu vier Jahren Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenämter, einschließlich des Reichstagsmandats, endete. Auch Dittmann hatte sich an der Verbreitung der aufreizenden Flugblätter, die zu Demonstrationen gegen den Krieg aufforderten, beteiligt, konnte sich aber, da er im Gegensatz zu Liebknecht in keinem Militärverhältnis stand, noch mit genauer Not „aus der Affäre ziehen". Zum zweiten Male nannte man seinen Namen in der Öffentlichkeit, als Dr. Michaelis im Reichstage jene Mitteilungen über den Aufruhr in der Marine machte, die nachher mittelbar zu seinem Sturze führten. Der Abg. Dittmann gehörte zu den Volksvertretern, welche die verblendeten Angehörigen der Flotte im Reichstagshause empfangen und, anstatt sie zu warnen oder ihr aufrührerisches Vorhaben zur Anzeige zu bringen, mit revolutionärem Material versorgt haben. Daß damals weder er noch der ebenfalls beteiligte Abg. Haase wegen Beihilfe oder Anstiftung zum Hochverrat verfolgt wurden, erregte auch außerhalb des Reichstages größtes Aufsehen. Aber der Tatbestand soll zu einem strafrechtlichen Einschreiten genügende Unterlagen nicht geboten haben. Jedenfalls gelang es Dittmann zum zweiten Male, mit heiler Haut davonzukommen. Jetzt aber hat er sich in Treptow in den Maschen des Gesetzes gefangen. Trotz der Schwere seines Verbrechens ist er mit einer verhältnismäßig milden Strafe davongekommen, immerhin aber für die Dauer des Krieges und darüber hinaus unschädlich gemacht worden. Dittmann ist 44 Jahre alt, von Beruf Tischler und war bis jetzt Redakteur des sozialistischen Parteiblattes in Solingen. Zu Beginn des Krieges als Landsturmmann einberufen, wurde er im Jahre 1917 wieder aus dem Militärverhältnis entlassen.

Zur Lage in Rußland.

Die Bildung einer Roten Armee,

die als Wall der Macht der Sowjets und im gegebenen Augenblick als sichere Grundlage für die Ersetzung der regulären Armee dienen soll, ist, wie die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet, von dem Rat der Volkskommissare angeordnet worden. Der Eintritt in ihre Reihen steht allen Bürgern der russischen Republik frei, sofern sie das 18. Lebensjahr erreicht haben. Zum Eintritt in die Rote Armee ist es erforderlich, eine Empfehlung der Armeekomitees, der demokratischen Organisationen, die die Leitsätze der Sowjets anerkennen, der Berufs- oder politischen Organisationen oder wenigstens zweier Mitglieder derartiger Organisationen vorzuweisen. Die Soldaten der Roten Armee der Bauern und Arbeiter werden vollkommen vom Staat unterhalten und erhalten außerdem 50 Rubel. Zur Leitung der Arbeit wurde ein Sonderrat beim Kriegskommissariat gebildet. Oberstes Verwaltungsorgan der Roten Armee sind die Volkskommissäre. Der unmittelbare Oberbefehl und die Verwaltung der Armee sind beim Kriegskommissariat in einen Sonderrat zusammengefaßt, der aus Delegierten ganz Rußlands zusammengesetzt wird.

Die Hungersnot in Rußland.

Infolge der furchtbaren Lebensmittelnot hat der Arbeiter- und Soldatenrat in Petersburg die Bildung eines Zentralausschusses für Durchführung einer Durchsuchung von Petersburg und des Eisenbahnnetzes nach Lebensmitteln und sonstigen Vorräten beschlossen. Für die Durchsuchung Petersburgs sollen 5000 Mann mobilisiert werden. Außerdem werden Expeditionen zur Durchsuchung der umliegenden Kreise abgeschickt und auf allen Bahnhöfen Gepäckrevisionen und Requirierungen der Lebensmittel vorgenommen.

Nach einer Stockholmer Meldung werden die Zustände in Petersburg immer schlimmer. Mord und Raub auf offenen Straßen sind an der Tagesordnung. Im Liteinyrayon wurden Läden geplündert, darunter auch die Niederlage der Firma Treugolnik. Einige Plünderer wurden erschossen. In der Nacht zum 2. Februar wurde ein Weinkeller in der Gogolstraße geplündert, wobei Maschinengewehre in Tätigkeit traten. Zeitungsmeldungen zufolge gab es über 30 Verwundete.

Das Treiben der russischen Marodeure

erhellt aus einer Reihe von Nachrichten, die seit Eintritt des Waffenstillstandes aus dem russischen Hinterlande kommen. Besonders an der Nordfront waren die quer durch die deutsche Frontlinie aufgenommenen Beziehungen zahlreich. Flüchtlinge aus Wenden berichteten: „Die russischen Soldaten sind ins Innere abgefahren. Unter dem Terror der russischen Maximalisten haben besonders die deutschen Gutsbesitzer viel zu leiden. Die Mehrzahl hat ihre Güter verlassen müssen und ist jetzt von allen Mitteln entblößt. Einzelne Gutsbesitzer wurden getötet, viele verhaftet. Die Zustände in Wenden und auf dem Lande werden immer unerträglicher. Die Rote Garde stiehlt und raubt. Straßenraub ist häufig. Die lettischen Gesindewirte bringen nur selten Lebensmittel zum Verkauf in die Stadt, da sie befürchten, ausgeraubt zu werden. In den Häusern sind „Haussuchungen" an der Tagesordnung, die gewöhnlich mit dem Raub alles Wertvollen enden. Aufgrund dieser Zustände warten die Balten sehnsüchtigst auf den Einmarsch der Deutschen. Aber auch alle besitzenden Letten, insbesondere die Gesindewirte, wünschen unter deutsche Herrschaft zu kommen, damit endlich wieder Ordnung und Sicherheit im Lande herrscht. Einige lettische Gemeinden beschlossen, Bittschriften an die deutsche Regierung um Hilfe gegen die Maximalisten zu richten." Diese Aussagen werden durch Briefe von Deutschen wie Letten in überreichem Maße bestätigt. In einem Brief in lettischer Sprache heißt es: „Es ist kaum mehr möglich, zu leben. Alle Lebensmittel werden fortgenommen, jeden Tag kommen Leute vom Komitee und suchen in allen Ecken, ob sie nicht etwas finden. Alles nehmen sie für die „Landlosen" und für die, die die ganze Zeit nicht gearbeitet haben, aber denen, die sich bis jetzt gequält haben, wird alles mit Gewalt abgenommen. Dieses alles geschieht am hellen Tage, es gibt auch solche, die es des Nachts treiben. Aus dem Zimmer darf man sich nicht wagen, wenn man sein Leben behalten will."

Kriegszustand zwischen den polnischen Legionen und den Bolschewiki.

Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur gibt der Vollzugsausschuß der Regierung in Mohilew folgendes bekannt: 25 000 Mann starke von Generalen befehligte polnische Legionen besetzten Rogatschew, lösten den Sowjet auf, verhafteten den vom Bauernrat ernannten Kommissar und marschieren in der Richtung auf Smolensk. Diese Unternehmungen sind eine Folge der Erklärung des Kriegszustandes der polnischen Legionen an die Bolschewiki. Als Vergeltungsmaßregeln wurden verschiedene hervorragende Persönlichkeiten und Angehörige der Kadettenpartei oder der polnischen Bourgeoisie, darunter vor allem Fürst Swiatopolk Mirski, verhaftet.

Das Schreckensregiment der Roten Garde in Finnland.

Wie „Dagens Nyheter" erfahren, mehren sich in Helsingfors die Ermordungen von Bürgern durch die Rote Garde. Im Leichenhause sind bereits 30 Leichen aufgestapelt. Am Sonnabend wurden auf mehreren Straßen Maschinengewehre aufgestellt und das ganze Theater von Helsingfors verwüstet. Rote Gardisten haben auch den ganzen Goldvorrat der finnischen Bank weggeschleppt.

Nach demselben Blatte haben die russischen Matrosen beschlossen, an der Aufruhrbewegung der Roten Gardisten teilzunehmen. Der Landtagsabgeordnete Mikola wurde von Sozialisten erschossen, der Landtagsabgeordnete Stahlberg ins Gefängnis geworfen. Diesen Gewalttätigkeites

würden weitere Verbrechen ähnlicher Art folgen. In Helsingfors werde behauptet, daß man angefangen hat, schwedische Waffen über den Bottnischen Meerbusen zu führen. Der Volkskommissar für äußere Angelegenheiten Sirola sandte deshalb seinem schwedischen Parteigenossen Marineminister Palmstierna ein darauf bezügliches Telegramm und erhielt die Antwort, daß er sich an den schwedischen Gesandten in Helsingfors wenden solle. Die telegraphische Verbindung zwischen Helsingfors und Petersburg sei neuerlich unterbrochen. Man nimmt an, daß wiederum große Transporte von Soldaten von Petersburg nach Finnland gehen.

Beschießung der schwedischen Schiffsexpedition.

Aus Stockholm wird gemeldet: Der Befehlshaber der schwedischen Schiffsexpedition nach Finnland, die die Skandinavier dort abholen soll, teilt radiotelegraphisch mit, daß am Sonntag um 12½ Uhr von Räffö bei Mäntyluoto Granatfeuer gegen das vorderste Schiff eröffnet wurde. Ungefähr sechs Granaten explodierten im Eise etwa tausend Meter vor dem Eisbrecher. Nach vier Stunden kamen russische Matrosen und Vertreter der Roten Garde an Bord des Kanonenbootes Svensksund und teilten mit, daß die Russen die Schiffe mit scharfen Schüssen angehalten hätten, weil sie den Eisbrecher für den von Finnland entflohenen Eisbrecher Sampo gehalten hätten und befürchteten, daß die Schiffe Truppen und Waffen führten. Die Schiffe mit Ausnahme des Kanonenbootes „Svensksund“ erhielten darauf die Erlaubnis, in den Hafen Mäntyluoto einzulaufen.

*

Bolschewiki und Ukraine.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Eine Depesche aus Odessa in den bolschewistischen Zeitungen meldet, daß die Macht in der Nacht zum 25. Januar nach einem Straßenkampf, an dem sich Artillerie und im Hafen ankernde Kriegsschiffe beteiligten, in die Hände des revolutionären Ausschusses übergegangen ist. (Eine Bestätigung dieser Meldung bleibt abzuwarten.)

Hart auf hart.

Folgender Funkspruch ist am 1. d. Mts. von dem ukrainischen kriegsrevolutionären Stab des Nikolajewschen Bezirks ergangen: „Die in den Zeitungen erschienene Nachricht über die oberste Staatsgewalt des Rates in der Stadt Nikolajew, die von den Anhängern Lenins, Bronsteins und Kompagnie eifrig verbreitet wird, ist eine offensichtliche Insinuation, da alle staatlichen Organe der unabhängigen ukrainischen Republik wie Eisenbahn, Post, Telegraph, Telephon, Kriegstrain, Depots, die ganze Bahnlinie von Cherson bis Snamenka vor jedem Anschlag sorgsam durch die, der unabhängigen ukrainischen Republik und Regierung treuen, ukrainischen Truppen bewacht werden. Genau so ist die Lage in Cherson.

*

Abreise der rumänischen Gesandtschaft.

Nach in Berlin eingetroffenen zuverlässigen Nachrichten ist die rumänische Gesandtschaft in Petersburg in der Nacht vom 29. zum 30. Januar über Finnland abgereist.

*

Die Japaner verlassen Rußland.

Nach einer Stockholmer Meldung soll in Rußland das Gerücht verbreitet sein, daß die Japaner von ihren Konsulaten die Anweisung erhalten hätten, Rußland schleunigst zu verlassen. Viele sollen bereits auf der Heimreise sein.

Provinzialnachrichten.

r **Graudenz**, 3. Februar. (Zwangsmaßnahmen zur Butterablieferung. — Leitungsstörungen.) Zur Förderung der Butter-Erzeugung und Ablieferung hat sich der Landrat des Kreises Graudenz zu besonderen Zwangsmaßnahmen veranlaßt gesehen. Die Gendarmen des Kreises sind angewiesen worden, sämtlichen Kuhhaltern, die nicht im Besitz einer schriftlichen Genehmigung zum Selbstbuttern sind, die Zentrifugen und Butterfässer zu schließen. — Umfangreiche Schäden hat die überaus starke Bildung von Rauhreif an den Leitungen der Überlandzentrale verursacht, sodaß starke Störungen und Unterbrechungen in der Stromzufuhr entstanden sind. Zahlreiche Leitungen sind dadurch gerissen, daß von überstehenden Bäumen, welche die Last des Rauhreifes nicht tragen konnten, große Äste und ganze Wipfel auf die Leitungen niedergebrochen sind. Der Schaden ist so groß, daß mindestens vierzehn Tage vergehen dürften, ehe das ganze Kreisnetz wieder in allen Teilen wird in Betrieb gesetzt werden können.

Elbing, 31. Januar. (Die Kohlennot) stellt auch den Betrieb unseres städtischen Gaswerks infrage. Von heute ab sind infolge der geringen Kohlenzufuhr Gassperrstunden eingeführt worden, und zwar von 8½ bis 10½ Uhr vormittags, 2 bis 4 Uhr nachmittags und 12 bis 5 Uhr nachts.

Danzig, 1. Februar. (Todesfall.) Die erste Oberin des katholischen Knabenwaisenhauses in Danzig-Altschottland, Ursula Scheer, ist im Mutterhause zu Trier am 29. Januar gestorben. Die Verstorbene, die 22 Jahre in der Anstalt als Oberin seit den ersten Anfängen gewirkt hat, siedelte vor ungefähr zwei Jahren nach dem Mutterhause in Trier über, wo sie jetzt im 66. Lebensjahre gestorben ist.

Bromberg, 1. Februar. (In der gestrigen Stadtverordnetensitzung) entspann sich eine längere Aussprache über die Lebensmittelversorgung der Stadt Bromberg. Auf eine Anfrage aus der Versammlung über die Ursachen des kürzlich eingetretenen Brot- und Mehlmangels wurde vom Vorsteher des städtischen Lebensmittelamtes erwidert, daß zu Anfang des Monats an einigen Tagen die Zufuhren aus dem Landkreise ausgeblieben seien, da die Kleinbahn, die fast alle Zufuhren bringe, wegen der Schneeverwehungen den Betrieb zeitweilig einstellen mußte. Ein wirklicher Mehlmangel sei jedoch nicht eingetreten, da das hiesige Proviantamt sofort ausgeholfen habe. Wohl aber habe bei den ersten Anzeichen eines Mangels eine wilde Hamsterei eingesetzt, wodurch dann die Knappheit an Brot und Mehl hervorgerufen worden sei. Um in Zukunft jede Stockung in der Zufuhr zu vermeiden, sei von der Regierung angeordnet worden, daß vom Landkreise alles Getreide, das die Stadt Bromberg noch bis zur nächsten Ernte zu beanspruchen habe, sogleich fortlaufend nach Bromberg geschafft, in den hiesigen Mühlen gemahlen und hier aufgespeichert werden solle. Damit ist für das laufende Wirtschaftsjahr jedem abermaligen Mangel vorgebeugt. Auf vorgebrachte Klagen über Benachteiligung eines Teiles der Bürgerschaft bei der Heringsverteilung wurde vom Magistrat erklärt, daß bei der Verteilung infolge umfangreicher Fälschungen der Lebensmittelausweise und Entnahme auf nicht berechtigte Ausweise der Vororte über 30 000 Heringe an unberechtigte Empfänger ausgegeben worden seien, sodaß zahlreiche Bürger leer ausgingen. Dem Verein der Kaninchen- und Ziegenzüchter wurde ein Darlehn von 3000 Mark bewilligt.

d **Strelno**, 3. Februar. (Verhaftung von Schmugglern.) Verhaftet wurden von einem hiesigen Polizeibeamten mehrere Schmuggler, die hier größere Warenmengen eingekauft hatten, um sie über die Grenze zu bringen.

Lokalnachrichten.

Thorn, 5. Februar 1918.

— (Auf dem Felde der Ehre gefallen) sind aus unserem Osten. Major und Kommandeur eines Feldart.-Regts. Georg Nix aus Danzig (früher Feldart. 36); Stud. theol., Leutnant d. R. Leo Schulz (Gren. 6) aus Thorn; Gefreiter Emil Harke aus Rentschkau, Landkreis Thorn.

— (Das Eiserne Kreuz) erster Klasse haben erhalten: Leutnant Erich Hirschfeldt, Sohn des Stadtbaumeisters H. in Marienburg; Gefreiter Alfred Treichel, Sohn des Arbeiters Hermann T. in Thorn. — Mit dem Eisernen Kreuz zweiter Klasse wurden ausgezeichnet: Obermusikmeister Rinck aus Marienwerder; Vizefeldwebel, Kaufmann Max Uhl aus Graudenz; die Brüder Franz Dirks aus Gruppe und Bruno Dirks aus Dragaß; Gustav Wolter aus Schwetz; Gefreiter Walter Bönisch aus Bukowitz; Ersatzreservist Wilhelm Leuschner (Ers.-Batl. Inf. 21;) Paul Fischer, Gefreiter im Art.-Regt. Nr. 11, Rudolf Fischer, Telegraphist bei einer Funker-Abtlg., Söhne des Brauereibesitzers R. Fischer in Thorn; Landsturmmann A. Fritze, langjähriger Buchhalter der Firma B. Doliva in Thorn; Kanonier Paul Nowak aus Thorn.

— (Personalien von der Justiz.) Dem Rechtsanwalt, Justizrat Fabian in Danzig und dem Referendar Zierold aus Danzig, zurzeit im Heeresdienst, ist das Verdienstkreuz für Kriegshilfe und dem Kanzlisten Gräpp bei der Staatsanwaltschaft in Thorn der Titel „Kanzlei-Inspektor“ verliehen.

— (Personalien von der Eisenbahndirektion Bromberg.) Der Regierungsrat Dr. Gentsch ist aus dem Feldeisenbahndienst zurückgekehrt und hat seine Dienstgeschäfte wieder aufgenommen. Der Regierungsrat Jaquet ist mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Vorstandes des Eisenbahnverkehrsamtes in Bromberg beauftragt. — Versetzt: der Reserve-Lokomotivführer Brehmer von Bartschin nach Thorn, der geprüfte Lokomotivheizer Tiemann von Thorn nach Bartschin.

— (Das Gold dem Vaterlande!) Gegen die Ablieferung von Goldschmuck hört man noch oft zwei Einwände: einmal: warum beschlagnahmt die Reichsbank nicht die im Volk noch vorhandenen Goldmünzen? — Zunächst ist es unmöglich, böswillig verborgene Goldmünzen festzustellen. Und dann würden die durch die freiwillige Abgabe von Goldmünzen geschaffenen hohen sittlichen Werte durch Zwangsmaßnahmen beeinträchtigt. Das ist die Überzeugung der Reichsbank. Der zweite Einwand ist der: warum beschlagnahmt man nicht die Goldsachen bei den Goldwarenhändlern? — Die Reichsbank antwortet darauf: Eine solche Beschlagnahme ließe sich nur rechtfertigen, wenn alle Goldsachen im Lande ausnahmslos beschlagnahmt würden. Den Zwangseingriff aber würde erst die letzte höchste Not erheischen, wenn jede Aussicht auf eine freiwillige Hergabe begraben wäre. Die Frage ist wohl auch nur aus dem unklaren Gefühl entstanden: Die Reichsbank will unser Gold, sie gibt aber den Goldschmieden selbst Gold. Das ist aber nicht mehr richtig. Im Frieden hat die deutsche Industrie einschließlich der Goldschmiedekunst ein Fünftel der alljährlich in Deutschland gewonnenen 5000 Kilogramm Gold im Werte von 14 Millionen Mark verarbeitet. Bei Kriegsausbruch hat die Bank den Juwelieren nur noch einen kleinen Bruchteil abgegeben, und seit dem Februar 1917 wird überhaupt nichts mehr abgegeben.

— (Preiserhöhung für Vordrucke im Post- und Postscheckverkehr.) Mit Rücksicht auf die Verteuerung der Rohstoffe und die Steigerung der Arbeitslöhne werden vom 1. Februar ab die Preise für die verkäuflichen Vordrucke zu Postaufträgen, Nachnahmekarten und Nachnahme-Paketkarten mit anhängender Postanweisung oder Zahlkarte auf 10 Pfg. für je 5 Stück festgesetzt. Die Geschäftsblätter mit anhängender Zahlkarte werden zum Preise von 1,25 Mark für je 50 Stück abgegeben.

— (Die evang.-luth. Gemeinde) veranstaltete am vergangenen Sonntag einen Familienabend zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers. Es wurde eine Fülle wohl gelungener Gedicht-, Gesang- und Musikvorträge dargeboten. Die Festrede hielt Herr Pfarrer Wohlgemuth; sie schloß mit der Mahnung zu treuem Ausharren im Kampfe gegen den äußeren und inneren Feind nach dem Vorbild der märkischen Landleute, die einst auf ihre Fahnen schrieben: „Wir sind Bauern von geringem Gut, dienen dem Kurfürsten mit unserem Blut“. In diesem Sinne gelte es auszuharren bis zu einem Frieden, dessen wir uns an den Heldengräbern unserer Brüder nicht zu schämen brauchen.

— (Der Eisenbahnassistenten-Verband,) Ortsgruppe Thorn, hielt am 2. d. Ms. im Vereinslokal Restaurant Putzig seine Jahreshauptversammlung ab. Anwesend waren 19 Mitglieder und ein Gast. Der 1. Vorsitzer Kollege Böttcher gedachte in längerer Rede des Geburtstages des Kaisers und schloß mit einem dreimaligen Hurra, in welches alle Anwesenden begeistert einstimmten. Ferner erstattete der Vorsitzer den Jahresbericht und anschließend hieran der Kassenführer den Kassenbericht. Bei der nun folgenden Vorstandswahl wurde der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt. Namens des Vereins dankte Kollege Ziß dem Gesamtvorstande und im besonderen dem 1. Vorsitzer für die mustergiltige Führung der Vereinsgeschäfte. Hierauf wurde mitgeteilt, daß der diesjährige Verbandstag am 11. und 12. Mai in Berlin abgehalten wird. Mehrere vom Kollegen Salzbrunn vorbereitete Anträge werden durch Vermittelung des Bezirksvereins für den Verbandstag gestellt werden. Weiter wurde beschlossen, das Vereinslokal auch für das neue Geschäftsjahr beizubehalten und, wie bisher, vierteljährlich nur eine Versammlung abzuhalten. Der auf die Lotteriegemeinschaft entfallende Gewinn von 316,88 Mark wurde der Vereinskasse überwiesen. Auf Antrag des 1. Vorsitzers wurde schließlich eine erneute Sammlung für die Kriegsspende in der bisherigen Weise beschlossen. Schluß der Sitzung 10 Uhr.

— (Künstler-Konzert im Kaffeehaus Nowak.) Dem Unterhaltungsbedürfnis seiner Besucher entsprechend, ist nun auch das Kaffeehaus Nowak dazu übergegangen, ständige Künstlerkonzerte in seinen oberen Räumen einzurichten, da mit Rücksicht auf die große Zahl der in neuerer Zeit aufgelösten Militärkapellen die beiden verbliebenen stark in Anspruch genommen sind. Die aus zwei Geigen, Cello und Klavier bestehende Kapelle unter Leitung des Herrn Ising schüttet allabendlich ein reiches Füllhorn musikalischer Gaben aus: Märsche, Opern- und Operettenmusik, Ouvertüren Walzer usw. und erfreut sich, trotz ihres kurzen Hierseins, durch ihre stimmungbelebenden Weisen bereits allgemeiner Beliebtheit.

— (Konzert im Artushof.) Morgen, Mittwoch, findet ein Konzert der 176er (Leiter v. Wilmsdorf) statt. Zum Vortrag kommt, außer Stücken aus „Fra Diavolo“, „Mignon“, „Lohengrin“, „Geisha“, Menuett von Bocherini (sprich Bockerini) u. a., ein großes Streichquintett von Gillet.

— (Sammlung der Hasen- und Kaninfelle) Zu unserem Bericht über die letzte Sitzung des Thorner Kleintierzuchtvereins erhalten wir von der Firma Bauer, Frankfurt am Main, Zweigverein Thorn, folgende Zuschrift: Die Firma Kuntze u. Kittler ist nicht eine Zweigniederlassung meines Hauses. Meine Firma ist als alleiniger Großhändler für Westpreußen für die beschlagnahmten Hasen-, Kanin- und Katzenfelle zugelassen und empfängt als solche die Felle sämtlicher Kleintierzuchtvereine und Händler in dieser Provinz. Meine Lagerräumlichkeiten befinden sich Leibitscherstraße 11, Büro Mellienstraße 81. Die Lagerschuppen sind Eigentum der Firma Kuntze u. Kittler und von mir gemietet.

— (Thorner Stadttheater.) Aus dem Theaterbüro: Morgen, Mittwoch, geht als Benefizvorstellung für den Spielleiter Alfred Gebhardt „Staatsanwalt Alexander“ erstmalig in Szene. Der Donnerstag bringt eine Wiederholung der Operette „Der Soldat der Marie“. Am Freitag gelangt der Goethe-Abend zur ersten Wiederholung. Der Sonnabend bringt bei ermäßigten Preisen die unwiderruflich letzte Aufführung von Hans Müllers Schauspiel „Könige“.

— (Thorner Wochenmarkt.) Der heutige Gemüsemarkt war, bei trübem Frostwetter, in gewohntem Umfang beschickt. Auch Rotkohl erscheint wieder regelmäßig und war, ein fester Kopf mittlerer Größe für 40—60 Pfg. zu haben. Der Preisstand war unverändert: Grünkohl 25—30 Pfg. — Auf dem Fischmarkt waren 11 Zentner Barse, meist Suppenfische angebracht; für die letzteren wurden 2—2.20 Mark das Pfund gefordert und nur die kleinsten für 1 Mark abgegeben, was viel Klagen verursachte. Recht erwünscht war es daher, daß die Handlung Scheffler gegen 10 Zentner Stinte auf den Markt gebracht hatte, die für 70 Pfg. zu haben waren; so konnte auch der Mittelstand sich mit Suppenfisch versorgen. — Der Geflügelmarkt war leer; eine geschlachtete Ente, zwei, drei Hühner und zwei Kaninchen war der ganze Markt. Für die Hühner wurden Preise gefordert — „da braucht man“, wie eine Frau äußerte, „nicht Salz noch Pfeffer mehr!“

— (Der Polizeibericht) verzeichnet heute keinen Arrestanten.

— (Gefunden) wurden ein Paar Kinderhandschuh und ein Schlüssel.

Aus dem Landkreise Thorn, 2. Februar. (Der vaterländische Unterhaltungsabend) in Groß Rogau am 1. d. Mts. nahm einen harmonischen Verlauf. Der Saal im Gasthause des Herrn Essig war bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Musik, unter Leitung des Herrn Vizefeldwebels Schröter vom Inf.-Regt. 61, erntete für ihre schönen Darbietungen reichen Beifall. Herr Gutmann erfreute die Anwesenden durch den vollendeten Vortrag ernster Lieder, in meisterhafter Weise begleitet von Herrn Musikdirektor Professor Kauffmann. Herr Hirschfeld entfesselte wahre Beifallsstürme und zeigte, daß auch ein Dilettant Erstklassiges zu leisten vermag. Die Ansprache des Herrn Seminarlehrer Wolff-Thorn wies auf die hohen Leistungen, aber auch Pflichten der Landwirtschaft hin und ermahnte die Anwesenden zum Kampf gegen den Schleichhandel, der als häßlicher Fleck den blanken Ehrenschild des deutschen Landmannes entstelle. Zum Schluß forderte Herr Pfarrer Hiltmann zu treuem Gehorchen und willigem Dienen auf für Vaterland und Herrscher. Seine Worte klangen aus in das Treugelübde zu unserm Heldenkaiser, das begeistert von den Anwesenden aufgenommen wurde. Ein schöner, gelungener Abend war es, der hoffentlich nicht der einzige bleiben wird.

Thorner Schwurgericht.

Erster Tag, 4. Februar.

Die erste diesjährige Sitzungsperiode des Schwurgerichts unter Vorsitz des Herrn Landgerichtsrates Müller wird nur zwei Tage umfassen, da nur zwei Anklagesachen spruchreif sind.

Am ersten Tage bekleideten das Amt der Beisitzer die Herren Amtsgerichtsrat von Valtier und Amtsrichter Lenz. Die Staatsanwaltschaft war durch Herrn Ersten Staatsanwalt Knaths vertreten. Die Verhandlungsschrift führte Herr Gerichtssekretär Kompa. Als Geschworene wurden folgende Herren ausgelost: Oberamtmann Emil Degener-Thornisch Papau, Gutsbesitzer Lehmann-Kriegersdorf, Amtsvorsteher Finger-Borken, Professor Krause-Neumark, Gutsbesitzer Wilhelm Roehrich-Prussy, Kaufmann Wilhelm Schulze-Culm, Oberlehrer Heinrich Ricken-Thorn, Kreisschulinspektor Dr. Neumann-Strasburg, Administrator Fritz Wilken-Glauchau, Rittergutsbesitzer Ernst Klatt-Pillewitz, Besitzer Arnold Pommerening-Groß Bösendorf und königl. Baurat Gerhard Schmidt-Thorn.

Angeklagt war die Einwohnertochter Kunigunde Kukelski aus Deutschental wegen Urkundenfälschung. Ihre Verteidigung führte Herr Justizrat Radt. Die Angeklagte wurde beschuldigt, im Mai v. Js. eine Zuckerkarte gefälscht und von ihr zum Zwecke der Täuschung Gebrauch gemacht zu haben. Der Haushalt ihrer Mutter besteht aus drei Personen und lautete daher die für denselben vom Gemeindevorsteher Kalies ausgefertigte Zuckerkarte auf drei Anteile zu je 200 Gramm. Diese Zuckermenge erschien der Angeklagten zu niedrig. Um ihre kränkliche Mutter besser pflegen zu können, suchte sie sich etwas mehr Zucker zu verschaffen. Zu dem Zwecke setzte sie auf der Zuckerkarte dem Worte „drei“ noch die Silbe „zehn“ hinzu, sodaß die Karte nun auf dreizehn Anteile zu je 200 Gramm lautete. Mit der so geänderten Zuckerkarte begab sich die Angeklagte zum Einkauf nach Strasburg beim Kaufmann Borus. Der Verkäuferin, Fräulein Wroblewski, fiel auf der Zuckerkarte gleich die hohe Zahl der Anteile auf und fragte deshalb die Kukelski, wieviel Personen zu ihrer Familie gehören. Die Antwort lautete ausweichend, und bei näherer Besichtigung der Karte wurde die Fälschung auch bemerkt und die Karte einbehalten, um der Behörde eingereicht zu werden. Ohne Zucker mußte die Angeklagte nachhause gehen. In der heutigen Verhandlung war sie geständig, sodaß auf Vernehmung der geladenen Zeugen verzichtet werden konnte. Sie gab an, sie habe nicht gewußt, mit der Änderung der Zuckerkarte eine strafbare Handlung zu begehen. Zur Hauptschuldfrage auf Urkundenfälschung wurde den Geschworenen noch die Frage vorgelegt, ob die Angeklagte mit der Fälschung sich habe einen Vermögensvorteil verschaffen wollen, sowie die Frage nach mildernden Umständen. Der Erste Staatsanwalt empfahl selbst, der Angeklagten mildernde Umstände zuzubilligen, beantragte aber sonst, beide Schuldfragen zu bejahen. Der Verteidiger führte aus, daß die Plumpheit der Fälschung darauf schließen lasse, daß die Angeklagte sich der Strafbarkeit ihrer Handlungsweise nicht bewußt gewesen ist. Auch sei nicht ersichtlich, daß die Angeklagte sich einen Vermögensvorteil habe verschaffen wollen. Er bitte daher, die zweite Schuldfrage zu verneinen. Die Geschworenen stellten sich auf den Standpunkt des Verteidigers. Nach kurzer Beratung verkündete der Obmann, Herr Gutsbesitzer Lehmann-Kriegersdorf, den Spruch der Geschworenen auf Schuldig der einfachen Urkundenfälschung unter Gewährung mildernder Umstände. Der Erste Staatsanwalt beantragte 6 Wochen Gefängnis. Der Gerichtshof erachtete 2 Wochen Gefängnis als angemessene Sühne.

Briefkasten.

(Bei sämtlichen Anfragen sind Name, Stand und Adresse des Fragestellers deutlich anzugeben. Anonyme Anfragen können nicht beantwortet werden.)

W. Das Eingesandt eignet sich nicht zur Aufnahme, da es sich um eine innere Angelegenheit zwischen Theaterdirektor und Personal handelt.

Eingesandt.

(Für diesen Teil übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung.)

Morgen findet im Rathaus die Verhandlung über die zweite Brücke statt, der alle Bürger, die ihr Thorn lieben, das tiefste Interesse zuwenden werden. Denn hier handelt es sich nicht nur um Bevorzugung oder Benachteiligung eines Stadtteils vor dem andern, hier steht mehr auf dem Spiel: die Zukunft Thorns. Durch einen falschen Schritt kann das Verkehrsleben unserer Stadt für Jahrhunderte mißgestaltet werden! Ein Beschluß sollte daher nicht gefaßt werden, ohne daß Gelegenheit gegeben wird, das Projekt auch in breiter Öffentlichkeit gründlich zu erörtern! Das sind wir den nachkommenden Geschlechtern schuldig. „Der Wahn ist kurz, die Reu' ist lang!“ Es wäre verhängnisvoll, wenn die Eingemeindung von Podgorz, die für Thorn ohne Bedeutung, bestimmend für die Ausführung des Projekts sein würde. x.

Letzte Nachrichten.

Ernennung eines amerikanischen Generalstabschefs.

Bern, 5. Februar. Zum Generalstabschef der Vereinigten Staaten ist Peyton Morch ernannt worden. General Bleiß wird in Europa verbleiben und das amerikanische Kriegsministerium im interalliierten Kriegsrat ständig vertreten.

König Albert in Frankreich.

Paris, 4. Februar. Havasmeldung. Der König der Belgier begab sich für einige Tage nach Südfrankreich, wo sich die Königin aufhält.

Berliner Börse.

Börsenbericht ausgeblieben.

Notierung der Devisen-Kurse an der Berliner Börse.

Für telegraphische Auszahlungen:	a. 4. Februar Geld	Brief	a. 2. Februar Geld	Brief
Holland (100 Fl.)	215½	216	215½	216
Dänemark (100 Kronen)	152½	153	152½	153
Schweden (100 Kronen)	163¼	163¾	163¼	163¾
Norwegen (100 Kronen)	161¼	161¾	161¼	161¾
Schweiz (100 Francs)	112¼	112¾	112¼	112¾
Oesterreich-Ungarn (100 Kr)	66,55	66,65	66,55	66,65
Bulgarien (100 Leva)	80	80½	80	80½
Konstantinopel	18,95	19,05	18,95	19,05
Spanien	117½	118½	117½	118½

Wasserstände der Weichsel, Brahe und Netze.

Stand des Wassers am Pegel

der	Tag	m	Tag	m
Weichsel bei Thorn	5.	2,50	4.	2,68
Zawichost	—	—	—	—
Warschau	4.	1,96	3.	2,09
Chwalowice	3.	2,24	2.	2,34
Zakroczyn	—	—	—	—
Brahe bei Bromberg O.-Pegel	4.	6,06	3.	5,98
Brahe bei Bromberg U.-Pegel	4.	2,60	3.	2,64
Netze bei Czarnikau	—	—	—	—

Meteorologische Beobachtungen zu Thorn

vom 5. Februar, früh 7 Uhr.

Barometerstand: 776 mm
Wasserstand der Weichsel: 2,50 Meter.
Lufttemperatur: — 4 Grad Celsius.
Wetter: trocken. Wind: Süden.
Vom 4. morgens bis 5. morgens höchste Temperatur — 1 Grad Celsius, niedrigste — 4 Grad Celsius.

Kirchliche Nachrichten.

Mittwoch den 6. Februar 1918.

Evangelisch-lutherische Kirche (Bachestraße.) 6½ Uhr abds.: Betstunde. Pastor Wohlgemuth.

Am 29. Januar 1918 fiel bei einem Patrouillenzusammenstoß der

Leutnant der Reserve

Leo Schulz

Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Klasse.

Das Regiment bedauert schmerzlich den Verlust eines unerschrockenen, tüchtigen Offiziers, dessen Andenken es stets in Ehren halten wird.

Im Namen des Offizierkorps:
Für den beurlaubten Regiments-Kommandeur:
von Schütz, Major.

Aufruf zu verstärktem Flachsanbau im Jahre 1918!

Mehr noch als in den bisherigen Kriegsjahren ist gerade in diesem Jahr der Anbau von Flachs für Heer, Flotte und Volk von der allergrößten Bedeutung. Von ihm hängt nicht zum geringsten Grad der endgiltige Sieg unserer Waffen über unsere Feinde ab. Ein jeder Landwirt müßte daher — soweit dieses sich in seinem Betriebe auch nur irgendwie durchführen ließe — den Flachsanbau wieder einführen oder noch weiter ausdehnen.

Im neuen Erntejahr ist jedem Flachsanbauer ein Anspruch auf Lieferung von Leinwand oder Bindegarn gegen Bezahlung entsprechend der von ihm abgelieferten Flachsmenge eingeräumt worden. Ferner wird jedem Flachsanbauer auf besonderen Antrag Stickstoffdünger — auf den pr. Morgen angebauten Flachs ca. 30 Pfund — zur beliebigen Verwendung zu den jeweilig giltigen Preisen geliefert.

Die pünktliche Abnahme von Roh- und Röstflachs wird seitens der Kriegs-Flachsbau-Gesellschaft zu neu festgesetzten erhöten Preisen garantiert.

Die durch die Flachserzeugung nebenbei gewonnenen Fett- und eiweißreichen Futtermittel sind gerade jetzt für die Landwirtschaft von der größten Bedeutung.

Landwirte, die in diesem Jahre Flachs anbauen wollen, erhalten jede weitere Auskunft durch die

Landwirtschaftskammer für die Provinz Westpreußen in Danzig.

Artushof.

Mittwoch den 6. Februar 1918:

Großes Streich-Konzert,

ausgeführt von der Ersatz-Kapelle des Inf.-Regts. Nr. 176.
Persönliche Leitung: Musikleiter **v. Wilmsdorff.**
Anfang 7 Uhr. — Eintritt 50 Pf.

Zentral-Theater, Neust. Markt 13.

Spielplan von Dienstag den 5. bis Donnerstag den 7. Februar:

Der lebende Tote. Span. Drama in 4 Akten.
Käthe. Lustspiel in 2 Akten.
Die Junggesellensteuer. Lustspiel.

Am 26. Januar 1918 entschlief sanft im Lazarett in Lauenburg nach kurzem, schwerem Leiden mein über alles geliebter, treusorgender, unvergeßlicher Mann, unser guter Schwager und Onkel, der

Vizefeldwebel

Kurt Modrow

im Alter von 38 Jahren.

Dieses zeigt in tiefem Schmerze an

Thorn den 5. Februar 1918

Frau Lotte Modrow, geb. Kaczyński.

Die Beerdigung fand am 31. 1. in Lauenburg statt.

Am 26. Januar entschlief sanft nach durch Aerger zugezogener Krankheit unser langjähriger Mitarbeiter, der

Direktionsbeamte von der „Konkordia“ der Kölnischen Lebensversicherungs-Gesellschaft Köln a. Rh.

Kurt Modrow.

Dieses zeigt an

Köln a. Rh., Stettin, Stolp und Lauenburg in Pommern.

Lebensversicherungs-Ges. Hauptkasse.

Er wird uns unvergeßlich bleiben!

Königl. preuß. Lotterie-Einnahme.

Die Erneuerungsfrist zur 2. Klasse endigt mit 6. Februar.

Kauflose vorrätig!

Erdler.
königl. preuß. Lotterie-Einnehmer,
Breitestr. 22, 1.

Oeffentliche

Versteigerung.

Am

Freitag den 8. Februar 1918,
vormittags um 10 Uhr,
werde ich die, bei Spediteur Boettcher, Baderstraße, hierselbst lagernden:

1 Faß,
enthaltend 65,5 Liter Rum-Versch.,

1 Faß,
enthaltend 49,0 Lit. Kognak-Versch.,
für Rechnung, wen es angeht, dortselbst meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Thorn den 5. Februar 1918.

Gerhardt,
Gerichtsvollzieher.

Einfache und Kunststickerei
wird zu billigen Preisen erteilt. Desgleichen werden
Handarbeiten
entgegengen. und ausgeführt. Habe auch
Kissenecken und Einsätze
billig zu verkaufen.
Zu erfragen in der Gesch. der „Presse“.

Wer erteilt einem 10jährigen Jungen
Nachhilfestunden in Deutsch?
Angebote unter **V. 296** an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Suche für 2 Pferde leichte Beschäftigung.
Paluchowski, Lindenstr. 58.

Kaffeebrenner

in verschiedenen Größen neu eingetroffen
Gustav Heyer,
Breitestr. 6, Fernruf 517.

Brennholz,

zerkleinert und in Kloben, sowie
Erlennutzholz
in 2 Meter langen Rollen und
Birkennutzholz
in verschiedenen Längen ab Schuppen an der Weichsel abzugeben.
Vorm. **F. Rienass.**
Verkaufszeit nachmittags 1 bis 4 Uhr.

1000 Feldpostkartons,

einzeln oder größere Posten, empfiehlt bill. **Zigarrengeschäft Friedrichstr. 6.**

Wir zahlen für
gelbe Wrucken 3,50 Mk.,
gemischte „ 3,25 „
weiße „ 3,00 „
für den Zentner ab Station.

W. Loga & Co.,
Thorn, Fernruf 135.

Seradella,
Rotklee,
Weißklee,
Möhrensamen,
Runkelsamen,
Wruckensamen
kaufen

W. Loga & Co.,
Thorn, Fernruf 135.

Wer verleiht Kleereiber „Viktor“.
Gefl. Angebote nebst Preis pro Std. an
Tilk, Rüdigsheim,
Post Siemon.

Stadt-Theater

Mittwoch den 6. Februar, 7¼ Uhr:
Benefiz Alfred Gebhardt.
Staatsanwalt Alexander.
Donnerstag, 7. Februar, 7¼ Uhr:
Der Soldat der Marie.
Freitag den 8. Februar, 7¼ Uhr:
Goethe-Abend
Sonnabend, 9. Februar, 7¼ Uhr:
Zum letzten male!
Könige.

Kleinkunstbühne „Dreimäderlhaus“

Coppernikusstr. 26, Telephon 526.

Täglich
das allseitig anerkannte
Februar-Programm.
U. a.:
Frl. Vally Esther
Operettensängerin.
Herr Rolf,
Humorist.
Anfang ½7 Uhr.

Zur Unterbringung eines staatlichen Büros werden
2 bis 3 Räume,
möglichst im Erdgeschoß oder im ersten Stockwerke gelegen, zum 1. April d. Js. zu mieten gesucht. Angebote mit Preisangabe sind zu richten an das
königl. Katasteramt hierselbst,
Brombergerstraße 41.

Gesucht sofort oder später 2 einzelne,
möblierte Zimmer
für längere Zeit. Angebote an
Kapellmeister, Kaffee Nowak.

Freundl. möbl. Zimmer
mit Gasbeleucht., vollst. separat von sofort zu vermieten. Klosterstraße 1, 3.

Möbliertes Schlaf- u. Wohnzimmer,
Bad, elektr. Licht, zu vermieten.
Araberstraße 8, 2.

Sauber möbliertes Zimmer
mit elektr. Licht sofort zu vermieten.
Brückenstraße 18, 3, b. **Zielke.**



Gestern Abend 10 Uhr entschlief sanft unser lieber, guter Sohn, Bruder, Neffe und Enkel

Alfred

im blühendem Alter von 15½ Jahren.

Dieses zeigen tiefbetrübt an

Gurske den 4. Februar 1918

Rob. Haase nebst Frau Ida, geb. Dawid, und Geschwister.

Die Beerdigung findet am Donnerstag den 7. d. Mts., nachmittags 2½ Uhr, von der Kirche in Gurske aus statt.

Für die mir anläßlich des Hinscheidens meines geliebten Vaters erwiesene Teilnahme sage ich hierdurch meinen besten Dank.

Frau Meta Sandelowsky,
geb. Leyser.

In das Handesregister A ist eingetragen worden: Die Firma **Robert Tilk** in Thorn ist erloschen, desgleichen die Prokura des **Alfred Tilk.**

Thorn den 31. Januar 1918.

Königliches Amtsgericht.

3200 Mark
zur 1. Stelle auf Landgrundstück sofort zu vergeben. Angebote unter **O. 339** an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Das Geschäftszimmer der Frauenarbeitsnebenstelle
(Kiegsamtstelle Danzig)
ist von heute ab nach der
Wilhelmskaserne
östl. Flügel), Zimmer Nr. 60 verlegt.

Gelegenheit Klavier zu üben
bietet an. Zu erfragen in der Geschäftsstelle der „Presse“.

Auf Veranlassung des Thorner Magistrats und des Garnisonarztes übe ich in Mocker die
ärztliche Praxis
aus.
Prakt. Arzt Fr. Czajkowski.
Sprechstunden im Hause des Herrn Dr. v. Rutkowski, Lindenstr. 13,
täglich von 3—5 Uhr nachmittags,
Sonntags von 11—12 Uhr.
Außerhalb dieser Sprechstunden bin ich nur im Festungsbarackenlazarett D Mocker zu erreichen.

Königl. preuß. Klassenlotterie.

Die Einlösung der Lose zur 2. Klasse 11. (237.) Lotterie
hat unter Vorlegung der Lose der Vorklasse
bis zum 6. Februar, abends 6 Uhr,
bei Verlust des Anrechts zu erfolgen.

	1/1	1/2	1/4	1/8	Kauflose
zu	80	40	20	10	Mark

sind zu haben.

Dombrowski, königl. preuß. Lotterie-Einnehmer, **Thorn,**
Katharinenstr. 1, Ecke Wilhelmsplatz, Fernsprecher 842.

Hilfe in der Sohlennot.

Durch künstliche Ledermasse zum Aufstreichen D. R.-P. a. Gesch. Die schlechteste Sohle wird wie neu!
Keine Sohlenschoner! Keine Flicken!
Von jedermann selbst anzubringen. Von der Ersatz-Sohlen-Gesellschaft geprüft und zum Verkauf zugelassen.
Ueber 50 000 Karton verkauft!
1 Dose 4—5 Paar Sohlen 4 Mk. Wiederverkäufer hohen Rabatt. Muster 4,30 Mk. gegen Nachnahme oder 4 Mk. bei Voreinsendung
Dr. Grothe, Berlin W. 57, Dennewitzstraße 9.

Wohnungsgesuche

2 Zimmer und Küche
von kinderlosem Ehepaar vom 1. 4. 18 gesucht. Angebote unter **G. 332** an die Geschäftsstelle der „Presse“.

2 Zimmer und Küche
von sofort oder später gesucht.
Angebote unter **S. 343** an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Suche zum 1. April 1918 für bessere, ältere Dame
Wohnung
von einem größeren und einem kleineren Zimmer, Küche und Entree, Gas oder elektrisches Licht, nicht höher als eine Treppe gelegen. Wilhelmsplatz od. Neustadt bevorzugt. Gefl. Angeb. erb. u. **Z. 350** an die Geschäftsst. der „Presse“.

Ältere Dame wünscht
Wohnung von 1 bis 2 Zimmern
in besserem Hause. Angebote unter **J. 334** an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Junge Dame sucht zum 1. 3. 18
möbliertes Zimmer
mit Klavierbenutzung.
Gefl. Angebote mit Preisangabe unter **Z. 325** an die Geschäftsst. d. „Presse“.

Von einem Offizier ein
möbliertes Zimmer
mit Burschengelaß für sofort gesucht.
Angebote mit Preis unter **Y. 349** an die Geschäftsstelle der „Presse“ erbeten.

Gut möbliertes Zimmer
zum 15. Februar oder 1. März gesucht.
Angebote unter **H. 358** an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Ehrensache.
Wer borgt einer Frau nur auf kurze Zeit etwas Geld?
Angebote unter **G. 357** an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Junges Mädchen, sehr einsam, sucht eine Freundin i. Alter von 20—25 Jahren. Zuschriften unter **D. 354** an die Geschäftsstelle der „Presse“ erbeten.

Witwer,
ev., anf. 50er, angen. Aeuß., in guter Lebensst., eig. Haus, wünscht, da es ihm an Damenbek. fehlt, auf dies. Wege eine Lebensgef. Verm. erw. Refl. wollen sich vertrauensv. u. Nr. **A. 301** an die Geschäftsstelle der „Presse“ wenden. Anonym zweckl. Verschw. zugesichert.

Erfahr. Gutsverwalter
sucht auf diesem Wege nette, vermögende Dame mit gutem Gemüt kennen zu lernen zwecks Heirat. Gefl. Zuschriften mit Bild unter **G. 355** an die Geschäftsstelle der „Presse“.
Strengste Diskretion zugesichert.

Täglicher Kalender.

1918	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnabend
Februar	—	—	—	6	7	8	9
	10	11	12	13	14	15	16
	17	18	19	20	21	22	23
	24	25	26	27	28	—	—
März	—	—	—	—	—	1	2
	3	4	5	6	7	8	9
	10	11	12	13	14	15	16
	17	18	19	20	21	22	23
	24	25	26	27	28	29	30
	31	—	—	—	—	—	—
April	—	1	2	3	4	5	6
	7	8	9	10	11	12	13

Hierzu zweites Blatt

Nr. 31. Thorn, Mittwoch den 6. Februar 1918. 36. Jahrg.

Die Presse.

(Zweites Blatt.)

Der Versailler Kriegsrat gegen Friedensverhandlungen.

Die Antwort der Entente.

Eine amtliche Meldung aus London besagt, daß die Beratungen der dritten Sitzung des Obersten Kriegsrates der Verbündeten in Versailles am 30. und 31. Januar und am 1. und 2. Februar unter Teilnahme der leitenden Staatsmänner des Verbandes und ihrer militärischen Berater abgehalten wurden. Der Kriegsrat prüfte gewissenhaft die jüngsten Erklärungen des deutschen Kanzlers und des österreichisch-ungarischen Ministers des Äußern, war aber nicht imstande, in den Äußerungen irgendeine wirkliche Annäherung an die gemäßigten (!) Bedingungen zu entdecken, wie sie durch die Verbündeten niedergelegt worden sind. Diese Überzeugung wurde durch den Eindruck bestätigt, den der Gegensatz zwischen den angeblich idealistischen Zielen, für die die Zentralmächte bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk einzutreten vorgaben, und ihren jetzt enthüllten Plänen der Vermehrung und Beraubung hervorrief. Unter diesen Umständen hat der Oberste Kriegsrat den Schluß gezogen, daß die einzige unmittelbare Aufgabe, die ihm obliegt, in der **Fortsetzung des Krieges** besteht, und zwar in dessen Fortsetzung mit der äußersten Energie und unter innigstem Zusammenwirken der militärischen Anstrengungen der Verbündeten bis zu dem Zeitpunkte, wo der Druck ihrer Anstrengungen bei den **feindlichen Regierungen** und Staaten **eine andere Gesinnung** hervorgerufen haben wird, die zu der Hoffnung auf das Zustandekommen eines Friedens unter solchen Bedingungen berechtigt, die nicht einen Verzicht auf die Grundsätze der Wahrheit, der Gerechtigkeit und der Achtung für das Recht der Nationen bedeuten, das aufrechtzuerhalten die Verbündeten sich entschlossen haben. Die Beschlüsse, die der Oberste Kriegsrat jener Schlußfolgerung gemäß faßte, betreffen nicht nur die **allgemeine militärische Politik**, die von den Verbündeten auf sämtlichen Kriegsschauplätzen befolgt werden soll (besonders das innige und wirksame Zusammenarbeiten unter Leitung des Kriegsrats), sondern auch die Funktion des Kriegsrats selbst und die Grundsätze für die Einheitlichkeit der Politik wurden erläutert. In allen diesen Fragen wurde völlige Übereinstimmung erzielt.

Nach einer vollständigen Beratung der zu befolgenden Politik und der Maßnahmen für deren Durchführung sind jetzt die Verbündeten in festem Willen geeint nicht durch etwaige heimliche Pläne, sondern durch offenen Entschluß, die Zivilisation gegen brutale Attentate zu verteidigen. Diese Einigkeit, die durch eine nicht weniger vollständige Einigkeit hinsichtlich der zu befolgenden Politik und der zu deren Durchführung notwendigen Maßnahmen ergänzt wird, wird die Verbündeten in die Lage versetzen, der Gewalt der feindlichen Angriffe mit fester Zuversicht, mit der größten Energie und dem Bewußtsein zu widerstehen, daß weder ihre Stärke noch ihre Stetigkeit erschüttert werden kann. Die praktischen Taten unserer freien Demokratie haben ihren Platz in der Geschichte durch die unbeschreibliche Tapferkeit der Soldaten neben dem herrlichen Heldenmut und der Ausdauer, womit unsere bürgerliche Bevölkerung die täglichen Lasten und Leiden erträgt. Sie sind ein Beweis der Stärke jener Grundsätze der Freiheit, die den militärischen Erfolg der Verbündeten mit dem Ruhm eines großen moralischen Triumphes krönen werden.

Außer den Mitgliedern des eigentlichen Kriegsrates, nämlich Clemenceau, Pichon für Frankreich, Lloyd George, Lord Milner für Großbritannien, Orlando, Sonnino für Italien und den Vertretern des Militärs im Obersten Kriegsrate, den Generalen Weygand, Sir Th. Wilson, Cadorna und Bliß waren noch für den größeren Teil der rein militärischen Erörterungen anwesend der französische und der englische Generalstabschef, die Generale Foch und Sir W. Robertson, der italienische Kriegsminister Alfieri und die Oberbefehlshaber an der Westfront, General Pétain, Feldmarschall Sir Douglas Haig, General Pershing. Der erste Sekretär an der Botschaft der Vereinigten Staaten in Paris Frazier war während der politischen Besprechungen anwesend.

Der italienische Ministerpräsident Orlando erklärte Pariser Ausfragern, der erste Ententeminister, der ergänzende Mitteilungen zur Versailler Konferenz machen werde, sei Lloyd George, doch dürfte das Unterhaus besondere Aufschlüsse politischer und militärischer Natur nicht erwarten. Die Hauptsache sei, die Völker der Entente mit Zuversicht auf den allgemeinen Erfolg der beschlossenen Neuerungen zu erfüllen.

Die Friedensbestrebungen der organisierten englischen Arbeiter.

Das führende liberale Blatt Englands, der „Manchester Guardian“, schreibt in einem Leitartikel: Die organisierten Arbeiter haben sich überall dahin geeinigt, den Krieg nur dann fortzusetzen, wenn sie der Überzeugung sind, daß es sich um einen notwendigen Verteidigungskrieg handelt. Die Arbeiter der Alliierten werden nach ihrem Kongreß am 20. Februar, wenn dort Einstimmigkeit erzielt wird, die Freiheit zur Abhaltung internationaler Konferenzen verlangen. Der Erfolg dieser letzteren wird davon abhängen, ob sich alle Parteien an dem einfachen allgemein anerkannten Grundsatz, der überall die Zustimmung der Arbeiter finden wird, abschließen werden. Dies kann nur dann erreicht werden, wenn von allen Seiten etwas geopfert wird. Man wird von England und Deutschland verlangen, einige besetzte Gebiete aufzugeben und von Frankreich, daß es zustimme, daß sein großes Problem auf die Weise entschieden werde, die bisher nur von den französischen Minderheits-Sozialisten akzeptiert wurde. Jede Nation muß etwas von ihrem Wunsch und ihrem Stolz preisgeben.

Lord Lansdownes Verständigungsfriede.

Wie die „Morningpost“ meldet, erhielt Lord Lansdowne von den Gewerkschaften in Manchester, Birmingham und Glasgow Einladungen zu Vorträgen über die von ihm mehrfach dargelegten **Grundzüge einer Verständigung mit den Mittelmächten.**

Politische Tagesschau.

Die Verhandlungen in Berlin.

Wie bereits kurz gemeldet, ist am Montag eine Anzahl höherer politischer und militärischer Persönlichkeiten zu Besprechungen in Berlin eingetroffen. Die Verhandlungen erstrecken sich einesteils auf die **Ernährungsfragen,** anderenteils auf unsere Beziehungen zu unseren östlichen Gegnern und insbesondere auf den erhofften **Friedensschluß mit der ukrainischen Republik.**

Wie die Wiener Blätter melden, begaben sich der Leiter des Ernährungsamtes Minister Hoefer, sowie der Vorsitzer des gemeinsamen Ernährungsausschusses, Generalmajor Landwehr, nach Berlin, wo am Sonnabend die Beratungen über die **Mehlfrage** begannen.

Zur Konferenz Ludendorff-Kühlmann-Czernin sagt der „Berl. Lokalanz.“: Jedenfalls dürfen wir darauf vertrauen, daß die Berliner Besprechungen **einen rascheren Verlauf** nehmen werden als diejenigen von **Brest-Litowsk.** General Ludendorff, der zu ihnen hierher gekommen ist, wird es wahrscheinlich ziemlich eilig haben, recht bald wieder in das Große Hauptquartier zurückzukehren.

Kammerinterpellation über die französische Militärjustiz.

Die Deputierten **Moutet** und **Renaudel** brachten eine Interpellation über die Bedingungen ein, unter der die Militärjustiz funktioniert. Sie gehen dabei von der Tatsache aus, daß **Clemenceau** am 24. Dezember 1917 als Chef der Militärjustiz den **General Dubail** ersuchte, den durch seine scharfen nationalistischen Ansichten bekannten **Obersten Favart** als Vorsitzer für eines der Pariser Gerichte, vor denen die Skandalaffären zur Sprache kommen werden, zu bestimmen. Dubail weigerte sich unter dem Hinweis, daß seit der Dreyfuß-Affäre Vorsitzer und Richter der Kriegsgerichte halbjährlich im Voraus bestellt werden. Clemenceau stand erst von dem Verlangen ab, als Dubail seine Entlassung anbot.

Einführung der allgemeinen Zwangsrationierung in England.

Nach langem Zögern hat das britische Kriegskabinett beschlossen, mit tunlichster Beschleunigung, die nationale Zwangsrationierung einzuführen. **Lord Rhondda** erklärte im **Oberhause** am 31. Januar, er hoffe, daß die von ihm für London und einige andere Distrikte angeordnete lokale Rationierung Anfang März durchgeführt sein werde, worauf sofort Maßnahmen getroffen werden würden, daraus eine einheitliche Rationierung für das ganze Königreich zu entwickeln. — **Yapp,** der Direktor für sparsamen Lebensmittelverbrauch ist **zurückgetreten.**

Bulgariens Kriegsziele.

In der Mittwoch-Sitzung der **bulgarischen Sobranje** hielt Ministerpräsident **Radoslawow** vor gut besuchtem Hause und überfüllten Tribünen seine bereits angekündigte längere Rede über die Kriegsziele Bulgariens und dessen Teilnahme an den Friedensverhandlungen mit Rußland. Der Ministerpräsident wies darauf hin, daß alle Völker sehnsüchtig den Frieden wünschen und daß auch die Bulgaren ihn anstreben, jedoch einen ehrenvollen Frieden wollen, der ihre nationale Einheit besiegelt. Diese nationale Einheit bildet ihr einziges Kriegsziel. In der Tat, wenn Bulgarien den schmerzlichen Opfern, die es im Kriege erträgt, zustimmt, so geschieht dies, um alle seine zerstreuten Stammesteile zu einem einzigen Staat zusammenzufassen, der das bulgarische Volk in seinen ethnographischen Grenzen vereinigt. Bulgarien rechnet also mit dem **Anschluß der Dobrudscha, des Moravalandes und Mazedoniens** an das Mutterland und steht keineswegs im Widerspruch zur Friedensformel: „Keine gewaltsamen Gebietserwerbungen und freies Selbstbestimmungsrecht der Völker“; denn die Bevölkerung der erwähnten Gegenden hat schon zu wiederholten malen ihr bulgarisches Volkstum sowie den Willen bekundet, ihre Nationalität zu bewahren. — Bei der Besprechung der Verteidigung der bulgarischen Interessen auf der Konferenz in Brest-Litowsk erklärte Radoslawow, daß die bulgarischen Ansprüche betreffs der nationalen Einheit keineswegs Hindernissen begegnen und einen wesentlichen Punkt des Programms der verbündeten Staaten Österreich-Ungarns und Deutschlands bilden. Bulgarien erfreut sich einer ausgezeichneten Stellung im Bunde. Es kennt die Rolle, die ihm zufällt. Es weiß auch, daß es in diesem Bündnis noch Interessen gibt, die anders sind, als die seinen und das folglich das Kriegsende nicht nur von seinem Willen abhängt. Die Rede des Ministerpräsidenten wurde vom Hause beifällig aufgenommen. — Nach der Rede Radoslawows, die auf alle Abgeordneten einen ausgezeichneten Eindruck machte, ergriffen **alle Führer der Oppositionsgruppen** das Wort, um den rückhaltlosen Beitritt ihrer Fraktionen zu dem von der Regierung vorgetragenen Programm der nationalen Einigung auszusprechen.

Die Aufteilung der Türkei — ein Plan der Entente.

„Tribune de Génève“ schreibt, bei den Ententeregierungen herrsche jetzt Einstimmigkeit darüber, daß die Türkei im Westen durch die Linie Enos—Midia begrenzt und im Osten auf Anatolien beschränkt werden solle.

Deutsches Reich.

Berlin, 4. Februar 1918.

— Auf ein von dem Kommandeur des vierten griechischen Armeekorps, Oberst Chatzopulos, abgesandtes Geburtstags-Glückwunschtelegramm an den Kaiser ging folgende Antwort ein: „Oberst Chatzopulos, 4. griechisches Armeekorps, Görlitz. Ich danke Ihnen und dem Armeekorps herzlich für Ihren Glückwunsch. Sie wissen, wie gern Ich und das deutsche Volk Ihnen Gastfreundschaft erweisen; doch hoffe Ich, daß Gott Ihnen bald ehrenvolle Heimkehr in Ihr schönes Vaterland schenken möge. Wilhelm.“

— Fürst Hatzfeld, Herzog zu Trachenberg, empfing heute zu seinem 70. Geburtstage zahlreiche Glückwünsche. Die neue Fraktion des Herrenhauses überreichte durch ihren Vorsitzer Oberbürgermeister Wermuth und Oberlandesgerichtspräsidenten von Hagen eine Glückwunschadresse. Ihnen schlossen sich andere in großer Zahl an. U. a. gratulierten die Stadt Breslau, die Provinz Schlesien, der Oberpräsident von Schlesien, die Minister von Loebell und Breitenbach, das Präsidium des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses sowie zahlreiche Mitglieder beider Häuser und des Hochadels, der Hochfinanzen und der Großindustrie.

— Geheimrat Frhr. von Stengel, der bei dem Amtsantritt des Kanzlers Grafen Hertling zu dessen Unterstützung der Reichskanzlei zugewiesen war, ist auf seinen Posten im bayerischen Ministerium des Äußern in München zurückgekehrt, nachdem die von vornherein zu seinem Aufenthalt in Aussicht genommene Aufenthaltsdauer von 3 Monaten abgelaufen ist.

— Das preußische Staatsministerium ist am Montag zu einer Sitzung zusammengetreten.

— Eine Verdoppelung der ärztlichen Gebühren ist von der Berliner Ärztekammer beschlossen worden.

— Der Reichsverband der deutschen Presse hat an das preußische Abgeordnetenhaus zum Gesetzentwurf über die Neugestaltung des Herrenhauses eine Eingabe gerichtet, worin dem dringenden Wunsche Ausdruck gegeben wird, daß den Tagesschriftstellern eine gesetzlich gewährleistete Vertretung im neuen Herrenhause zugebilligt werde.

Bern, 4. Februar. In Genua ist Vizeadmiral Senator Graf Leone Viale gestorben.

Newyork, 4. Februar. Senator Hughes, ein Freund Wilsons, ist vorgestern an Lungenentzündung gestorben. Hughes war einer der ruhigsten Vorkämpfer für das Eingreifen Amerikas.

Minister von Breitenbach über die östlichen Kanal-Projekte.

In der Sitzung der **verstärkten Staatshaushaltskommission des Abgeordnetenhauses** am Freitag wurde der **Etat der Bauverwaltung** in Einnahme und Ausgabe bewilligt. Zu den aus der Kommission angeregten östlichen **Kanalprojekten** gab der Minister der öffentlichen Arbeiten eine ausführliche Erklärung ab, in der es heißt:

Der fortschrittliche Antrag enthält ein umfassendes Ostprojekt. Was die Frage der **Nachregulierung der Weichsel** betrifft, so kann es sich nur um eine Niedrigwasser-Regulierung handeln, die im Zusammenhang mit den Vorgängen in Russisch-Polen durchzuführen sein würde. Die Zivilverwaltung des Generalgouvernements ist im Einvernehmen und unterstützt durch die Wasserbauverwaltung mit großer Energie an die Frage der Regulierung der **russischen Weichsel** herangetreten und hat auch für diese Zwecke die erforderlichen Kräfte zur Verfügung gehabt. Es ist zu hoffen, daß diese Projekte in nicht zu ferner Zeit zu einem gewissen Abschluß kommen werden. Von der Regulierung der russischen Weichsel hängt jedenfalls unser Vorgehen ab. Es würde vieles vergeblich geschehen, wenn wir nur einseitig vorgehen wollten; denn der Verkehr geht von Warschau aus. Wenn die politische Gestaltung in Polen eine solche wird, daß wir mit dem neuen Staatswesen friedlich leben und verkehren können, so bin ich fest davon überzeugt, daß die Weichselregulierung zu denjenigen Aufgaben der Wasserbauverwaltung gehören wird, die im Interesse der Entwickelung des Verkehrs im Osten und des großen Ostseehafens Danzig **in erster Linie zu fördern** sein wird.

Was den Bau des **Malapane-Kanals** und des **Prosna—Warthe—Netze-Kanals** betrifft, so setze ich voraus, daß diese beiden Projekte wahlweise nebeneinandergestellt werden. Es wäre jedenfalls ganz undenkbar, hier zwei Parallelkanäle zu bauen. Es ist natürlich, daß von den interessierten Kreisen des oberschlesischen Reviers und der großen Ostseehäfen sehr ernste Erwägungen darüber angestellt werden, wie man hier auf dem Wasserwege eingreifen und bessern kann. Mit großer Wärme wird die Herstellung des **Oder—Warthe—Netze-Kanals** betrieben. Es wird nicht zu bestreiten sein, daß die Ausführung eines solchen Kanals nützlich sein kann; insbesondere wird dieser Kanal in Kriegszeiten dazu dienen können, die Eisenbahn in Verkehrsbeziehungen, in denen sie stark belastet ist, zu entlasten. Ob aber solche Nützlichkeitserwägungen genügen werden, um dieses Projekt zur Ausführung zu bringen, ist mir zweifelhaft. Ganz gewiß wird der Landtag mit der Regierung in eine sorgfältige Prüfung darüber eintreten, ob die großen Kapitalien, die der Bau dieser Wasserstraßen erfordert, einen Ertrag bringen werden, der genügt, die Zinsen, Tilgungs-, Betriebs- und Unterhaltungskosten zu decken. Unter dem Drucke der Finanzlast wird die Entwickelung meiner Ansicht nach dahin gehen, daß diese Erwägungen wie im Eisenbahnbau, so auch im Wasserstraßenbau eine noch wesentlichere Rolle spielen werden.

Der **Ausbau des masurischen Kanals** zu einem Kanal von größeren Abmessungen — er wird jetzt für 200 Tonnen-Schiffe ausgebaut — wird angestrebt, und zwar für 400 Tonnen-Schiffe. Es ist sogar gewünscht worden, diese Wasserstraße durch den Narew zur Weichsel fortzusetzen. Von diesem Projekt will ich nicht reden. Der gegebene Schiffahrtsweg für diesen Verkehr führt über die Weichsel und Nogat ins Frische Haff nach Königsberg und, soweit notwendig, von Königsberg ins Land. Kilometrisch sind die Wege gleich. Nur hat der Weg **über den Narew** ein verlorenes Gefälle von 40 Meter, bedingt eine große Zahl von Schleusen und kann als konkurrenzfähige Wasserstraße beim Ausbau der Weichselstraße garnicht inbetracht kommen. Ob es wirtschaftlich ist, dem masurischen Kanal andere Abmessungen als die geplante für 200 Tonnen-Schiffe zu geben, ist völlig zweifelhaft. Ich kann in dieser Beziehung keine Zusage machen. Der Krieg hat unseren Bau des Kanals aufgehalten; der Bau ist noch nicht abgeschlossen, die Möglichkeit für die erweiterte Abmessung liegt vor, ohne daß wesentliche Verluste entstehen; aber die Mehrkosten sind doch nicht unerheblich. Ich erinnere an die in früheren Verhandlungen zum Ausdruck gebrachten Zweifel darüber, ob der Kanal angesichts des zu erwartenden geringen Verkehrs überhaupt bauwürdig sei. Uns ist es also zweifelhaft, ob diesem Wunsche wird entsprochen werden können.

Damit komme ich zu dem Schlußprojekt, dem sogenannten **Ostkanal,** der auch die Kommission wiederholt beschäftigt hat. Der Verein zur Förderung des Ostkanals in Thorn und der **Weichselschiffahrtsverein** setzen sich scharf dafür ein. Die Regierung hat mit den Interessenten, die dem Verein zur Förderung des Ostkanals angehören, über die Erbauung des Kanals sehr eingehende Erörterungen gepflogen, und sie hat darauf aufmerksam gemacht, daß die scharfen Eingriffe in die Wasserführung zahlreicher Wasserläufe, die der Kanal in seiner Ostwestführung durchschneidet, weder nach der Richtung ihrer rechtlichen und wirtschaftlichen Zulässigkeit, noch hinsichtlich der Kosten für Entschädigungen hinreichend gewürdigt sind, ein sehr erheblicher Einwond, der auch in Ostpreußen wohl gewürdigt wird, weil sehr große Landeskulturinteressen damit verknüpft sind. Es ist weiter vollständig unberücksichtigt geblieben, ob es angängig ist, das erforderliche Wasser dem Narew-Gebiete zu entnehmen. Es steht endlich auch außer Zweifel, daß der Kanal heute mindestens das Doppelte an Baukosten erfordern wird. Der Oberpräsident von Ostpreußen ist, nachdem der Ostkanal-Verein nochmals in einer Denkschrift, die Professor Dr. Ehlers angefertigt hat, auf die Angelegenheit zurückgekommen ist, beauftragt worden, die Sache mit den Regierungspräsidenten eingehend auch gerade nach den Einwirkungen auf die Landesmelioration zu prüfen. Bisher liegt sein Bericht noch nicht vor, weil die Erörterungen der Ehlersschen Denkschrift so viele verschiedene Fragen berühren, daß deren Klarstellung inanbetracht der Überlastung der beteiligten Stellen noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Ich möchte auch darauf hinweisen, daß dieses Projekt unter Umständen die für die Provinz Ostpreußen mindestens ebenso wichtige Frage der elektrischen Versorgung aufhalten und beeinträchtigen könnte. Ich würde das lebhaft bedauern, weil ich wünschte, daß die in den ersten Jahren des Krieges so schwer getroffene Provinz gerade auf dem Gebiet der elektrischen Versorgung in nicht zu ferner Zeit erhebliche Fortschritte machen würde. Der Weichselschiffahrtsverein hat gewünscht, daß die Regierung zu Vorarbeiten zum Ausbau von Wasserstraßen in Norddeutschland **Mittel** zur Verfügung stellen möchte. Ich lehne den Gedanken grundsätzlich nicht ab; es liegt nahe, daß hierbei auch sehr große Reichsinteressen infrage kommen. Auch eine ganze Reihe von Bundesstaaten ist daran lebhaft inter-

essiert. **Ob man aber diesen Wunsch für alle Projekte, die Preußen im Interesse seiner inneren Wirtschaft für nützlich hält, geltend machen soll, will mir nicht ohne Zweifel sein. Die Frage ist aber innerhalb der Regierung, insbesondere auch mit dem Finanzminister, noch nach keiner Richtung durchgesprochen.**

Ich habe es für notwendig gehalten, mich eingehend über die hier gestellten Anträge und Wünsche zu äußern, namentlich davor zu warnen, zu tief in die Diskussion darüber einzutreten. Die Regierung wird und muß sich die Entschließung vorbehalten, hat aber wenigstens aus einer scharfen Betonung solcher Wünsche eine Richtlinie, nach der sie arbeiten kann.

Die **Petitionen des Weichselschiffahrtsvereins** in Danzig um Einstellung von Mitteln zu Vorarbeiten für eine Nachregulierung der Weichsel auf preußischem Gebiete, den Bau des Malapane-Kanals, des Prosna—Warthe—Weichsel-Kanals, eines Oder—Warthe—Netze-Kanals und des Ostkanals, des Vereins zur Förderung des Ostkanals in Thorn um Prüfung des Ostkanal-Projektes und des Verbandes für Kanalisierung für Mosel und Saar, betreffend Mosel—Saar-Kanal, wurden **der Staatsregierung als Material überwiesen.**



Der Brand im Münchener D-Zug.

Vor einigen Tagen ist der D-Zug 26 Berlin—München bei Schleißheim vor München durch Explosion einer Flasche, die eine chemische Flüssigkeit enthielt und die ein Reisender verbotswidrig in einen Wagen dritter Klasse mitgenommen und an die Heizung gestellt hatte, in Brand geraten. Der Zug wurde durch Notsignal rasch zum Stehen gebracht. Es entstanden entsetzliche Szenen in dem brennenden Wagen. Im ganzen wurden fünf Todesopfer gefordert. Die Liste der Verwundeten beläuft sich auf 68 Personen, davon ist der größte Teil leichter verletzt. Schwere Verletzungen haben 15 Fahrgäste davongetragen, die auch ihr gesamtes Gepäck, das sie in dem brennenden Wagen mitführten, einbüßen mußten.

Lokalnachrichten.

Zur Erinnerung. 6. Februar. 1917 Scheitern russischer Angriffe bei Kirlibaba. 1916 Erfolgreicher Angriff eines Zeppelins auf den englischen Kreuzer „Caroline". 1915 Beginn des russischen Rückzuges aus der Bukowina. 1914 Demonstration von 30 000 schwedischen Bauern zu Stockholm zu Gunsten der Landesverteidigung. 1888 Bismarcks letzte große Rede im Reichstage. 1864 Sieg der Österreicher über die Dänen bei Oeversee. Übergang der Preußen über die Schlei. 1848 * Fürstin Maria von Bülow, die Gattin des ehemaligen Reichskanzlers Fürsten von Bülow. 1840 † Freiherr von Gaudy, hervorragender deutscher Dichter und Novellist. 1814 Überschreitung der Marne durch das Yorksche Korps.

Thorn, 5. Februar 1918.

— (Personalveränderungen in der Armee.) Zum Hauptmann befördert: der Oberleutnant d. R. Grothe (Potsdam) des Inf.-Regts. 176; zum Oberleutnant mit Patent vom 15. Januar 1918 befördert: der Leutnant d. R. Schuchardt (I Oldenburg) des Fußart.-Regts. 11; zum Leutnant d. R. befördert: Vizefeldwebel, Lehrer Erich Lange aus Thorn (Inf.).

— (Personalien von der kath. Kirche.) Dem Pfarrer Johannes Arndt in Groß Kruschin, Kreis Strasburg, ist die erledigte Pfarrstelle an der kath. Kirche in Heinrichsdorf im Kreise Schwetz und dem Pfarrer Bruno Lubowski in Pronikau die erledigte Pfarrstelle an der kath. Kirche zu Wrotzk im Kreise Strasburg verliehen worden.

— (Himmelserscheinungen im Februar.) Nachdem die Sonne am 19. Februar in das Zeichen der Fische eingetreten ist, hat sie durch die Zunahme ihrer Mittagshöhe um den erheblichen Betrag von 9 Graden eine Zunahme der Tageslänge von 9 Stunden auf 10¾ Stunden bewirkt. Nachdem sie zu Anfang des Monats um 7¾ Uhr auf- und 4¾ Uhr unterging, haben sich diese Zeiten bis gegen Ende des Monats auf 7 Uhr früh bezw. 5⅓ Uhr abends verschoben. Noch immer befindet sich das Tagesgestirn in lebhafter Fleckenbildung, und wir können jedem Freunde der Himmelsforschung anraten, sein Fernrohr an klaren Tagen gelegentlich auf die Sonne zu richten. Er wird fast immer Gelegenheit haben, dort merkwürdige Gebilde zu beobachten. Der Lauf des Mondes läßt sich am einfachsten nach Phasen der Hauptlichtgestalten beurteilen. Diese treten wie folgt ein: am 4. Februar Letztes Viertel, am 11. Neumond, am 18. Erstes Viertel und am 25. Vollmond.